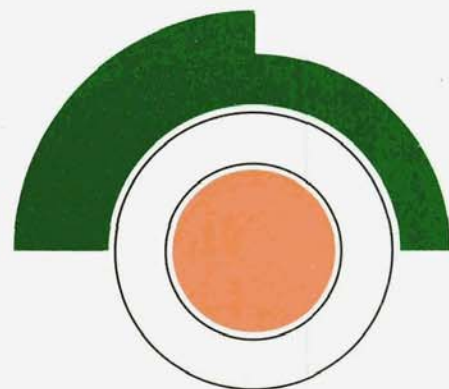


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 25. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 13. 12. 1994

## WORT UND WIDERWORT

### Bleibt dem Land trotz aufgehobenem Abschiebestopp ein Spielraum?

Unabhängig davon, wie man die Haltung des Bundes politisch bewerte, sei Nordrhein-Westfalen, wie auch die anderen Bundesländer, rechtlich jetzt in der Situation, abschieben zu müssen. Im Falle der Kurden sollte die Landesregierung alles ihr Mögliche tun, um Gewißheit darüber zu erlangen, was mit den abgeschobenen Menschen in der Türkei tatsächlich geschehe. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Stefan Frechen**. Der CDU-Abgeordnete **Heinz Paus** betont, ein genereller Abschiebestopp für bestimmte Volksgruppen würde vor Ort ein falsches Signal geben und könnte zu einer Aushebelung des Asylrechts führen. Allein in der Türkei lebten zwölf Millionen Kurden, denen man damit de facto ein Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland einräumen würde. Hinzu komme, daß man im Fall Jugoslawien der serbischen „Säuberungs“- und Verdrängungspolitik Vorschub leisten würde. Die F.D.P.-Abgeordnete **Dagmar Larisika-Ulmke** bekräftigt, es sei bedauerlich, daß mit diesem Problem nunmehr parteipolitische Schaukämpfe ausgetragen würden. Alleingänge einzelner Länder dienten nicht dem Rechtsfrieden. Die bedrohten Menschen hätten Anspruch auf Gastrecht, solange die Bedrohung anhalte. Die eigene Bevölkerung, deren Rechtsempfinden sehr wohl humanitäre Hilfsbedürftigkeit von Asylmißbrauch zu unterscheiden wisse, werde dies akzeptieren. Der GRÜNE-Abgeordnete **Roland Appel** merkt an, der Handlungsspielraum des Landes bei der Anordnung von Abschiebestopps sei groß, die Möglichkeiten des Bundesinnenministers Kanther, etwa durch eine Weisung dagegen vorzugehen, seien überaus begrenzt. Sobald neue Tatsachen zur Frage, ob Menschenrechte in ihrem Heimatland verletzt würden, vorlägen, könne das Land der entsprechenden Gruppe von Flüchtlingen auch ohne Zustimmung von Kanther mit einem neuen befristeten Abschiebestopp helfen. (Seite 2)

## Landtag berät Haushalt 1995 in 2. Lesung

### Werteerziehung und Strukturwandel

Die letzte Sitzung des Landtags vor Weihnachten steht im Zeichen der Haushaltsberatungen. Am Mittwoch, 14. Dezember, berät das Parlament in 2. Lesung den Haushaltsentwurf 1995 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1995.

Das Plenum beginnt mit der Novellierung der Geschäftsordnung. Debatten über Werteerziehung, die Sechste Landesbesoldungsänderung, Lehrermangel an Sonderschulen, Fachhochschuleingliederung in Köln sowie eine freiwillige Sicherheitswacht schließen sich an.

Am Donnerstag, 15. Dezember, setzt der Landtag die Haushaltsberatungen fort. Es folgen als Tagesordnungspunkte Ausbau der Wasserkraft, 7. Rundfunkänderungsgesetz, Verfassungsschutzgesetz, Änderung des Landesorganisationsgesetzes und die Verhinderung von Steuerausfall.

Am Freitag, 16. Dezember, will das Parlament nach einer Aktuellen Stunde u. a. über die Fernsehlandschaft, den Strukturwandel, die Gewerbesteuer, Prüfsiegel für Nahrungsmittel, das Abgeordnetengesetz, Jugendarbeitslosigkeit sowie das Kunsthoch-

schulgesetz beraten. Außerdem stehen eine Reihe von Nachwahlen u. a. für den Wahlpflichtaussschuß sowie für den WDR-Rundfunkrat an.

## Die Woche im Landtag

### Ständehaus

Eine Arbeitsgruppe des Hauptausschusses hat eine Empfehlung verabschiedet, wonach das Ständehaus würdig genutzt und nicht verkauft werden soll. (Seite 3)

### Sport

Jugend und Sport lautete das Thema einer Anhörung, zu der der Sportausschuß Experten und Sachverständige geladen hatte. (Seite 3)

### Schule

Änderungen in der Schulorganisation und die Zusammenarbeit von Schulen standen im Mittelpunkt einer Anhörung des Schulausschusses. (Seite 4)

### Preis poker

Um das Für und Wider von Nachverhandlungen bei öffentlichen Aufträgen ging es in der Anhörung des Kommunalausschusses zum Thema Vergaberichtlinien. (Seite 5)

### Vorrang

Der Hauptausschuß hat mehrheitlich trotz des Unbehagens bei Abschaffung eines Feiertages den Vorrang der Pflegeversicherung bekräftigt. (Seite 7)

### Eindrücke

Mit vier Siegen und bleibenden Eindrücken kehrten die Spieler des FC Landtag aus Japan zurück. (Seite 13)



„Bleib cool, Opa, das ist schon die Orthografie der Zukunft!“

Zeichnung: Rulle (Ruhr-Nachrichten)

## WORT UND WIDERWORT

# Bei Krisen Menschen Zuflucht bieten können

Von  
Stefan Frechen

Im Rahmen des Asylkompromisses haben sich CDU/CSU, F.D.P. und SPD darauf geeinigt, für Bürgerkriegsflüchtlinge einen besonderen Status außerhalb des Asylverfahrens vorzusehen. Dieser besondere Status ist aber bislang faktisch nicht mehr als eine „Worthülse“ im Ausländergesetz. Der Bund entzieht sich seit dem Asylkompromiß seiner politischen und finanziellen Verantwortung. Länder und Kommunen warten vergeblich auf praktische Regelungen und die Beteiligung des Bundes an den Kosten. Dies bekommen in diesen Tagen insbesondere die Kurden aus den Kampfgebieten Ostanatoliens zu spüren. Obwohl der weit überwiegender Teil der Länderinnenminister sich für eine Verlängerung des aus humanitären Gründen gebotenen Abschiebestopps für diese Personengruppe eingesetzt hat, legte Bundesinnenminister Kanther auf der Innenministerkonferenz sein Veto ein. Diese Flüchtlingsgruppe wird also von Minister Kanther auf das von vornherein völlig aussichtslose Asylverfahren verwiesen. Diese Haltung ist inzwischen selbst in der CDU umstritten. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im saarländischen Landtag hat gefordert, weiterhin keine Kurden aus der Türkei

### SPD: Der Bund entzieht sich seiner Verantwortung

abzuschieben. Er kündigte an, sich bei den anderen Fraktionsvorsitzenden der Union für eine Rücknahme der Entscheidung einzusetzen. Es bleibt abzuwarten, welchen Erfolg diese Initiative hat.

Unabhängig davon, wie man die Haltung des Bundes politisch bewertet, ist Nordrhein-Westfalen — wie auch andere Bundesländer — rechtlich jetzt in der Situation, abschieben zu müssen. Im Falle der Flüchtlinge aus Serbien besteht ein faktisches Abschiebehindernis, da die Belgrader Regierung diesem Personenkreis die Einreise verweigert. Sie verlangt von der Bundesrepublik Deutschland zunächst ein Rückführungsabkommen abzuschließen, um auf diese Weise internationale Anerkennung zu erreichen. Dem will die Bundesregierung nicht entsprechen. Hier ist sie offenbar bereit, als Konsequenz ihrer Weigerung in Kauf zu nehmen, daß selbst Menschen aus einem Land ohne Bürgerkrieg ein faktisches Bleiberecht erlangen. Im Falle der Kurden sollte die Landesregierung alles ihr Mögliche tun, um Gewißheit darüber zu erlangen, was mit den abgeschobenen Menschen in der Türkei tatsächlich geschieht. Es muß in Kooperation mit Menschenrechtsorganisationen sichergestellt werden, daß die aus der Bundesrepublik Deutschland abgeschobenen Flüchtlinge nicht in der Türkei von Verfolgung und Folter bedroht werden.

Von  
Heinz Paus

Es ist konsequent, daß der Bundesinnenminister den von den SPD-regierten Bundesländern herbeigeführten generellen Abschiebestopp nicht verlängert hat, denn ein pauschaler Abschiebeverzicht für ganze Volksgruppen wäre ein falscher und zudem ein gefährlicher Lösungsweg.

Kurden etwa stammen vielfach aus sicheren Gebieten im Westen der Türkei, wo eine Rückkehr möglich und zumutbar ist. Auch Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien haben — soweit sie nicht aus umkämpften Gebieten stammen — oftmals eine Möglichkeit zur Rückkehr in sichere Heimatgebiete. Nur Flüchtlinge, die aus umkämpften Gebieten stammen, sollten bis zur Beendigung der Kampfhandlungen weiter bei uns bleiben dürfen.

Die Frage der Abschiebemöglichkeit muß daher einzelfallbezogen und nicht pauschal be-

### CDU: Ein falsches Signal vor Ort

trachtet werden. Ein genereller Abschiebestopp für bestimmte Volksgruppen würde vor Ort ein falsches Signal geben und könnte zu einer Aushebelung des Asylrechts führen.

Allein in der Türkei leben 12 Millionen Kurden, denen wir damit de facto ein Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland einräumen würden. Hinzu kommt, daß wir im Fall Jugoslawien der serbischen „Säuberungs“- und Verdrängungspolitik Vorschub leisten würden. All dies kann nicht Sinn einer vernünftigen Flüchtlingspolitik sein und würde uns vor unlösbare Zuwanderungsprobleme stellen. Rund um den Globus würden benachteiligte Minderheiten gleiche pauschale Bleiberechte in Deutschland einfordern und erhalten.

Nur wenn es uns gelingt, Flüchtlinge in sichere Heimatgebiete zurückzuführen, werden wir uns auch weiterhin die Möglichkeit erhalten, auch bei künftigen Krisen in anderen Teilen der Welt Menschen Zuflucht bieten zu können.

Von  
Dagmar Larisika-Ulmke

Der Krieg in Bosnien und anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien ist Gegenstand täglicher Berichterstattung in den Medien. Die Gefahr der Abstumpfung gegenüber dem dort herrschenden Elend ist groß. So wird leicht übersehen, daß die Auswirkungen dieses Krieges auch in Deutschland, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft sichtbar werden — Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten — auch anderer Krisenregionen der Welt — sind zu uns gekommen, um den Greueln der verfeindeten Gruppen in ihrer Heimat zu entgehen. Sie geraten nun in die Mühlen unterschiedlicher Standpunkte deutscher Innenpolitik.

Es ist schlimm, daß es der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern nicht gelingt, sich über den Status dieser Flüchtlinge und ein Bleiberecht bis zum Ende der Konflikte in ihrer Heimat zu verständigen. Es ist makaber, wenn der Bundesinnenminister die Aufhebung des bisherigen Abschiebestopps damit begründet, er müsse für einheitliche Rechtsanwendung im gesamten Bundesgebiet sorgen. Natürlich sieht die durch den Asylkom-

### F.D.P.: Bedrohte haben Anspruch auf Gastrecht

promiß geschaffene Rechtslage — die ja eine verfassungsändernde Mehrheit erforderte — eine strengere Rechtsanwendung einschließlich der Konsequenz der Abschiebung vor; aber doch nicht gegenüber Menschen, deren Bedrohung im Heimatland akuter ist, wie man täglich im Fernsehen erkennen kann. Die seinerzeitigen Rechtsänderungen sollten dem Mißbrauch des Asylrechts entgegenwirken, aber keine inhumane Gesetzeslage schaffen.

Sicher ist richtig, daß die Fälle individuell zu überprüfen sind. Aber was muten die Innenminister eigentlich den Beamten der Ausländerbehörden und den Gerichten zu, wenn sie sich nicht typisierend über die Behandlung gleichgelagerter Fälle bestimmter Volksgruppen verständigen. Es ist bedauerlich, daß mit diesem Problem nunmehr parteipolitisch Schaukämpfe ausgetragen werden. Alleingänge einzelner Länder dienen nicht dem Rechtsfrieden.

Die bedrohten Menschen haben Anspruch auf unser Gastrecht, solange die Bedrohung anhält. Die eigene Bevölkerung, deren Rechtsempfinden sehr wohl humanitäre Hilfsbedürftigkeit von Asylmißbrauch zu unterscheiden weiß, wird dies akzeptieren.

Von  
Roland Appel

Der Handlungsspielraum des Landes bei der Anordnung von Abschiebestopps ist groß, die Möglichkeiten des Bundesinnenministers Kanther, etwa durch eine Weisung dagegen vorzugehen, sind überaus begrenzt. Dies ist das Ergebnis eines Rechtsgutachtens der Universität Gießen vom Sommer dieses Jahres. Sobald neue Tatsachen zur Frage, ob Menschenrechte in ihrem Heimatland verletzt werden, vorliegen, kann das Land der entsprechenden Gruppe von Flüchtlingen auch ohne Zustimmung von Kanther mit einem befristeten Abschiebestopp helfen.

Die jüngste Eskalation des Krieges der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten und fehlende inländische Fluchtalternativen stellen solche neue Tatsachen dar. Sollte das Land NRW abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber sehenden Auges der Folter oder vergleichbaren Verfolgungsrisiken ausliefern, würde es sogar rechtswidrig handeln,

### GRÜNE: Innenminister soll Fälle an sich ziehen

weil es damit gegen die Europäische Menschenrechts- und die Genfer Flüchtlingskonvention verstieße.

Abgesehen von solch generellen Regelungen bleibt natürlich die Pflicht der Ausländerbehörden bestehen, jedes einzelne Schicksal sorgfältig zu prüfen. Wie unzureichend dies oft geschieht, machen Beobachtungen des „Flüchtlingsrates NRW“ deutlich: Da werden über 100 Kosovo-Albanerinnen und -Albaner in pauschalen Sammelverfahren abgefertigt, ohne ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Mit lapidaren Begründungen, ohne auf die persönlichen Umstände einzugehen, leiten einzelne Ausländerämter die Abschiebung ganzer Familien ein. Von der „besonderen Sorgfalt“, mit der solche Prüfungen nach einem Erlaß des Innenministers vorzunehmen sind, kann keine Rede sein. Deshalb fordere ich den Innenminister auf: Garantieren Sie für rechtmäßige Einzelfallprüfungen und ziehen Sie alle Fälle an sich! Erlassen Sie eine neuen Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden aus der Türkei und Albanerinnen und Albaner aus dem Kosovo!

## Landtag lehnt Verkauf des alten Ständehauses ab

Die Arbeitsgruppe des Hauptausschusses „Weitere Verwendung des Ständehauses“ hat mit vier Stimmen gegen zwei bei einer Stimmenthaltung eine Empfehlung an den Hauptausschuß verabschiedet. Die Empfehlung lautet:

*Der Landtag Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine seinem historischen Rang entsprechende würdige Nutzung des Ständehauses ein, weil es ein zentrales Identifikations-*

*objekt der Landesgeschichte ist, weswegen es bereits 1984 unter Denkmalschutz gestellt wurde. Er empfiehlt der Landesregierung, das Gebäude in eine Gesamtkonzeption für die Nutzung landeseigener Liegenschaften im Regierungsviertel als Dienstsitz des Ministerpräsidenten (Staatskanzlei) einzubeziehen. Der Landtag lehnt einen Verkauf des Ständehauses ab.*

Bei der Aussprache im Hauptausschuß am

8. Dezember erklärte Ausschußvorsitzender Reinhard Grätz (SPD) in Abwesenheit des Finanzministers, in der Arbeitsgruppe habe es eine Eingrenzung der Probleme gegeben. Der von allen geteilte Grundtenor sei, man wolle eine künftige würdige Verwendung des Ständehauses. Unterschiedlich seien die Meinungen, wie Würde gewahrt werden solle. Dazu müßten nun die Fraktionen ihre Meinung bilden. Der Vorsitzende übersah  
Fortsetzung Seite 12

## Wissenschaftler schätzt überkommenes Vereinswesen als „sozial veraltet“ ein

### Sport ist nach wie vor ein wichtiger Lebensinhalt für junge Menschen

„Jugend und Sport“ — unter diesem Titel fand am 5. Dezember 1994 eine öffentliche Anhörung des Sportausschusses unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Hans Rohe (SPD) statt. Den zum Hearing eingeladenen Expertinnen und Experten lag ein umfangreicher Fragenkatalog vor, um diesen Themenkomplex möglichst eingehend darstellen zu können. Die Grundlage für spätere Analysen und Kontroversen bildete eine Bestandsaufnahme der sich verändernden Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen in den 90er Jahren.

Dr. Lutz Kottmann von der Universität-Gesamthochschule-Wuppertal schilderte eine Reihe von Faktoren, die das Bewegungsleben von Jugendlichen auf ein Minimum reduzieren. Hierzu zählten neben Änderungen in der Wohnbebauung (Rolltreppen, Aufzüge) und der verstärkten Nutzung des Autos (Kinder als passive Fahrgäste) auch das Fernsehen und elektronisches Spielzeug („Gameboy“) als Freizeitgestaltung. Je weniger Gelegenheiten zur spontanen Bewegung geboten bzw. von den Kindern genutzt würden, desto gravierender würden

motorische Defizite und um so mehr wachse das Unfallrisiko, da Kinder nur noch falsch oder gar nicht mehr auf Gefahren reagieren könnten. Diese Einschätzung teilten Dr. Klaus Bischops vom Sportverein Deutsche Jugendkraft und Hermann Ridder von der Sportjugend NRW, der die polemische Formulierung zitierte, die Jugend sei „nicht fit, sondern fett“.

Kottmann leitete aus dieser Bestandsaufnahme die Forderung ab, daß der Schulsport, anstatt sich Modetrends anzupassen, motorische „Schlüsselqualifikationen“ vermitteln müsse: Hierzu gehörten neben einem Grundrepertoire an Körperkoordination und Kondition die Befähigung, aus der Vielfalt der Sportangebote bedürfnisgerecht auszuwählen.

Professor Dr. Gerd Hölter (Universität Dortmund) ergänzte in diesem Zusammenhang, daß die Ausbildung von Sonderpädagogen mangelhaft in bezug auf die speziellen sportlichen Bedürfnisse von „Problemkindern“ sei. Darüber hinaus seien Sportvereine stark „mittelschichtorientiert“, so daß auch auf dieser Ebene kaum Integrationschancen bestünden.

Professor Dr. Edgar Beckers von der Universität Bochum wies außerdem darauf hin, daß entgegen der optimistischen Einschätzung der Ausschußmitglieder aller Fraktionen (siehe Landtag intern vom 27. September 1994: „Sport mindert die Bereitschaft zu Gewalt und Drogen“) Sport auch zur Verstärkung von Aggressionen und Gewalttätigkeit führen könnte. So werde der Begriff des Fair play bereits von Jugendtrainern in „fares Foulen“ umgedeutet.

Während der Diskussion der Expertenbeiträge entwickelte sich eine Kontroverse darüber, inwieweit der Leistungsgedanke und die Philosophie des „Schneller — Höher — Weiter“ konstitutive Voraussetzungen jedes Sporttreibens seien.

Professor Dr. Sabine Kröner (Universität Münster) verwies darauf, daß der herkömmliche Vereinssport durch Männer und männerspezifisches Verhalten dominiert werde. Der Sport selbst könne zum „Suchtsystem“ werden (zum Beispiel Doping). Eine derartige Mentalität könne keine Vorbildfunktion für andere Lebensbereiche erfüllen.

Außerdem müsse auf die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen eingegangen werden, Jungen und Mädchen lebten, was ihre Bewegungsbedürfnisse und ihr Körpergefühl angehe, in „verschiedenen Welten“.

Auch Professor Dieter Jütting — ebenfalls von der Universität Münster — hielt das überkommene Vereinswesen für „sozial veraltet“. Zu seiner Attraktivitätssteigerung schlug er ein „soziales Experiment“ vor: Im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung sollten die Faktoren ermittelt werden, die engagierte junge Leute zur ehrenamtlichen Mitarbeit in Sportvereinen bewegen können. Kultur- und Umweltprojekte seien zu einer Konkurrenz für die Sportvereine geworden, da diese offensichtlich eine höhere Attraktivität auf potentielle ehrenamtliche Mitarbeiter ausstrahlten.

Helmut Zimmermann vom Deutschen Sportlehrerverband NRW machte auf das Problem des „islamgerechten“ Sportunterrichts aufmerksam. Offenbar führe der Einfluß von Fundamentalisten dazu, daß moslemische Mädchen im herkömmlichen Schulsport ihre Bedürfnisse nach Bewegung und sozialer Integrität (Mannschaftsspiele) nicht ausleben könnten.

Der Ausschußvorsitzende Hans Rohe (SPD) wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es in der Türkei selbst Erlasse gebe, die das Tragen von Schleiern während des Schulsports untersagen. — Während der Anhörung wurde mehrfach die hohe Anzahl von Absagen von Sachverständigen kritisiert.



Blick in die Reihe der zum Hearing geladenen Sachverständigen (v.l.): Professor Dr. Sabine Kröner, Dr. Lutz Kottmann, Professor Dr. Gerd Hölter und Professor Dr. Edgar Beckers.  
Foto: Schälte

## Regierung will Schulorganisation anpassen und mehr Kooperation erreichen

### Philologen warnen: „VHS-Abitur“ hat vor den Kultusministern keinen Bestand

Die Änderung des Schulverwaltungsgesetzes und Schulpflichtgesetzes (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 11/7391) und der Entwurf einer Verordnung über die Zusammenarbeit von Schulen (Kooperationsverordnung – KVO – Vorlage 11/2881) waren Gegenstand einer ganztägigen Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter der Leitung seines Vorsitzenden Hans Frey (SPD). Am 7. Dezember fanden im Plenarsaal des Landtags Verbände und Sachverständige Gelegenheit, ihre Auffassungen den Ausschußmitgliedern darzulegen.

Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und den DGB sah ihr Sprecher Dr. Jürgen Schmitter wesentliche Voraussetzungen für die Verbesserung des Schulsystems im Lande nicht gegeben: So fehle eine mittel- und langfristige Analyse und Prognose der Finanzierung des Bildungswesens ebenso wie ein „Bildungskataster“. Im übrigen sei davor zu warnen, wie im Handlungskonzept der Landesregierung vorgesehen, die erstrebte Effizienzsteigerung durch eine „einseitige und falsche Ökonomisierung des Schulwesens“ anzustreben. Dieses Ziel sei nach Ansicht der Gewerkschaften nur in einem integrierten und nicht in einem „gegliederten, konkurrierenden“ Schulsystem zu verwirklichen. Den Verordnungsentwurf zur Kooperation bezeichnete Schmitter als „völlig unzureichend“: Er verschärfe die Verwaltungsbelastung an den einzelnen Schulen; die Grenze der Lehrkräfte sei aber bereits erreicht. „Das Kooperationsziel ist richtig, aber durch diese Verordnung nicht zu erreichen“, urteilte der Gewerkschaftssprecher.

Zu einem anderen Verdikt des KVO-Entwurfs kam Peter Heesen vom Philologenverband: „Umfassende Kooperation von Schulen und Strategien wie ‚Geld statt Stellen‘ schließen sich faktisch aus“ und gefährdeten Problemlösungsstrategien, mit denen dem zu erwartenden Anstieg der Schülerzahlen beizukommen wäre. Heesen: „Es geht um weitere Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer.“ An die Abgeordneten gewandt, meinte der Sprecher zum Schulorganisationsgesetz: „Überheben Sie sich nicht, meine Damen und Herren.“ Er warnte nachdrücklich vor der Bündelung der Schulen des Zweiten Bildungswegs mit den Volkshochschulen; ein „VHS-Abitur“ würde nie die Billigung der Kultusministerkonferenz finden, sondern NRW nur lächerlich machen. Weil es in der Konsequenz ein „Bildungssystem light“ bedeute, sei ein Baukastensystem zum Abitur für möglichst viele „Unsinn“. Die VHS könnten als andersartige Einrichtungen die staatlichen Bildungseinrichtungen nicht ersetzen, sondern allenfalls ergänzen. Heesen glaubte darin zu erkennen, daß hier „der Restraum vom sozialdemokratischen einheitlichen Bildungssystem verwirklicht werden soll“. Es wäre ein „bildungspolitischer Skandal“, wenn die Politiker dazu selbst die Weichen stellen würden.

Wolfgang Mohr vom Realschullehrerver-

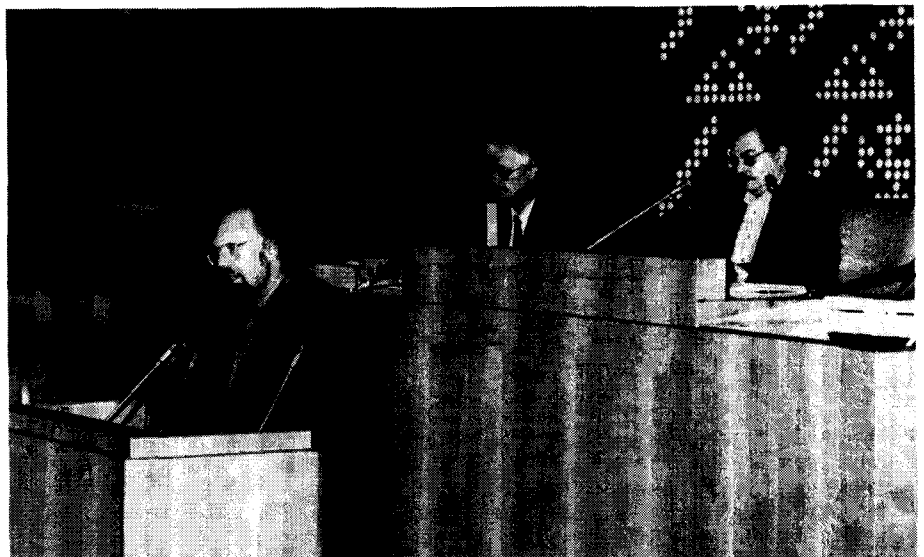
band befürchtete, die Abendrealschulen könnten ihr bewährtes Profil verlieren: „Es fehlt nur noch die Bezeichnung ‚Abendgemeinschaftschule‘“, befand er und unterstrich, die Abendrealschulen seien mehr als bloße Zulieferer für die gymnasialen Oberstufen. Für die 18 000 Mitglieder des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) erklärte sein Sprecher Dietmar Bronder, man begrüße zwar die Intention, die kommunale Verantwortung bei der Gestaltung des Schulwesens zu stärken; aber die vorgesehene rechtliche Lösung gehe nicht weit genug: Es wäre besser, alle schulspezifischen Regelungen in einem großen Schulgesetz zusammenzufassen. Erhebliche Bedenken gebe es gegen die Art, wie Kreise und Gemeinden zur Bildung angemessener Klassengrößen gelangen sollen; zumindest im Grundschulbereich dürften sich die Schulgrenzen nicht jährlich ändern, sonst gebe es eine „Destabilisierung der Schulgemeinde und den Verlust der Wohnortnähe“. Schulen an mehreren Standorten könnten nur ein vorübergehendes Provisorium sein, das auch nicht ohne den vorher zu ermittelnden zusätzlichen Lehrerberauf funktionieren könne. An der KVO bemängelte Bronder, sie werde praktisch auf die gymnasiale Oberstufe eingegrenzt. Zu begrüßen sei die Kooperation zwischen Sonderschulen und allgemeinbildenden Schulen.

Hans-Jürgen Steffens machte darauf aufmerksam, daß es im Bereich der berufsbildenden Schulen eher die Regel als Ausnahme sei, Dependancen zu bilden; nur so sei in der Fläche ein regional abgestimmtes berufliches Bildungsangebot sicherzustellen. Im Gesetz müßten die Schulträger aufgefordert werden, für die Wartung hochtechnologischer Einrichtungen zu sorgen und dies nicht den Lehrkräften zu überlassen. Die flexible Gestaltungsmöglichkeit der schulfachlichen und organisatorischen Zusammenarbeit werde begrüßt; so lange aber

von den erforderlichen Mitteln nicht die Rede sei, müsse man die KVO ablehnen.

Vom Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen und Kollegschulen richtete Dr. Wolfgang Kehl das Augenmerk auf die durch Kooperation benachbarter Schulen verursachten erhöhten Belastungen und Zeitaufwand; statt zu ständig mehr Regelungen zu kommen, sollte es den einzelnen Schulen selbst überlassen bleiben, die entsprechenden Beschlüsse zur Zusammenarbeit zu fassen. Er verlangte, daß bei Kooperation durch schulübergreifenden Lehrereinsatz die Beteiligung der Personalvertretung sichergestellt werden müsse. Im übrigen sei es eine „Illusion“, anzunehmen, bei weit auseinanderliegenden und zu unterschiedlichen Berufsfeldern gehörenden Schulen könne ohne die entsprechenden Rahmenbedingungen ein gemeinsames Angebot entwickelt werden. Die Verpflichtung zur Zusammenarbeit sollte im Fall der berufsbildenden Schulen und Kollegschulen durch eine Empfehlung ersetzt werden.

Eine „Auflösung von Bildungsgängen, die noch einen inhaltlich kontinuierlichen Aufbau durch zielgruppenspezifischen Unterricht haben“, sah Hedwig Sauer vom Verein katholischer deutscher Lehrerinnen in der „verordneten Kooperation der Schulen mit den Volkshochschulen“: Der Erwerb von Schulabschlüssen nach dem Baukastensystem möge zwar theoretisch funktionieren, die Abschlüsse seien jedoch unlegbar von niedrigerem Anforderungsniveau und Zielstandard – „soll das in NRW eigentlich unentwegt so weitergehen“, fragte sie und äußerte die Vermutung, die Finanzlage komme gerade recht, um über die Zieldefinition von ökonomischen Schulgrößen das gegliederte Schulwesen zu treffen und „die Errichtung zentralistischer Schulsysteme zu fördern“. Zur KVO führte Elisabeth Timmer, die zweite Sprecherin des Vereins aus, es werde eine permanente Kooperation um der Kooperation willen angestrebt, „ohne Rücksicht darauf, ob diese der Schule nützt oder die Unterrichtszeiten weiter verkürzt“. Die Kooperation verfolge das Ziel, die Bildungsgänge der verschiedenen Schulformen „bis zur Unkenntlichkeit zu verwischen“.



Ausschußvorsitzender Hans Frey (SPD, rechts) leitete die Anhörung des Schulausschusses im Plenarsaal. Am Rednerpult Dr. Jürgen Schmitter von der GEW, in der Mitte Ausschußassistent Wolfgang Kubitzky.

Foto: Schälte

## Kommunalausschuß-Anhörung zum Abbau von Vergabe-Standards

### Bauwirtschaft steht zu VOB-Vorgaben bei öffentlichen Aufträgen

Die Städte brauchten den Wettbewerb der Anbieter und eine größtmögliche Transparenz der Verfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, sagte Frau Meißner (NRW-Städtetag). Die Ausschreibungsverfahren sollten allerdings flexibler gestaltet werden. Die Städte sollten vom Verbot des Nachverhandelns befreit werden und selbst entscheiden können, ob sie das förmliche Verfahren nach VOB/VOL wählen oder nicht. Verstärkten ruinösen Wettbewerb und Verdrängung kleiner und mittlerer Unternehmen befürchtete Beigeordneter Norbert Portz (NRW-Städte- und Gemeindebund) bei freihändiger Auftragsvergabe, sah allerdings auch Handlungsspielräume für die kommunale Selbstverwaltung. Ob die Aufhebung des Nachverhandlungsverbots rechtlich zulässig ist, solle gutachterlich geklärt werden. Die Honorare für Architekten und Ingenieure sollten von den Baukosten abgekoppelt werden.

Das Kommunale Vergabe-Handbuch könne im Sinne eigener Vergabe-Richtlinien überarbeitet werden, schlug Dr. Franz Krämer (NRW-Landkreistag) vor, der sich im übrigen den beiden vorigen Stellungnahmen anschloß. Oberstadtdirektor Kurt Busch (Essen) sprach sich gegen die Aufhebung der VOB, jedoch für die Aufhebung des Verbots von Preisverhandlungen aus. Bei mehreren Baugroßvorhaben seien in Essen erhebliche Preisnachlässe durch Nachverhandlungen erzielt worden. Verteuerungen seien häufig auf Versäumnisse in der Vorplanung und bei der Kostenschätzung sowie durch Umplanungen und fehlerhafte Leistungsverzeichnisse zurückzuführen.

NRW solle als kommunalfreundliches Land Vorreiter sein und den Paragraphen 31 Absatz 2 der Gemeindehaushaltsordnung ersatzlos streichen, forderte Stadtdirektor Dr. Reinhard Fingerhut (Velbert). Wenn alle Fachverwaltungen eigene Finanzverantwortung besäßen, könnten Wirtschaftlichkeit und Rechtmäßigkeit des kommunalen Handelns besser vereint werden. Außerdem sinke die Motivation zu unlauterem Handeln. 1993 hätten die Stadtwerke Velbert durch Nachverhandlungen rund 450 000 Mark eingespart. „Wir werden nie erfahren, was sie bringen, wenn wir sie nicht erproben dürfen“, sagte Fingerhut.

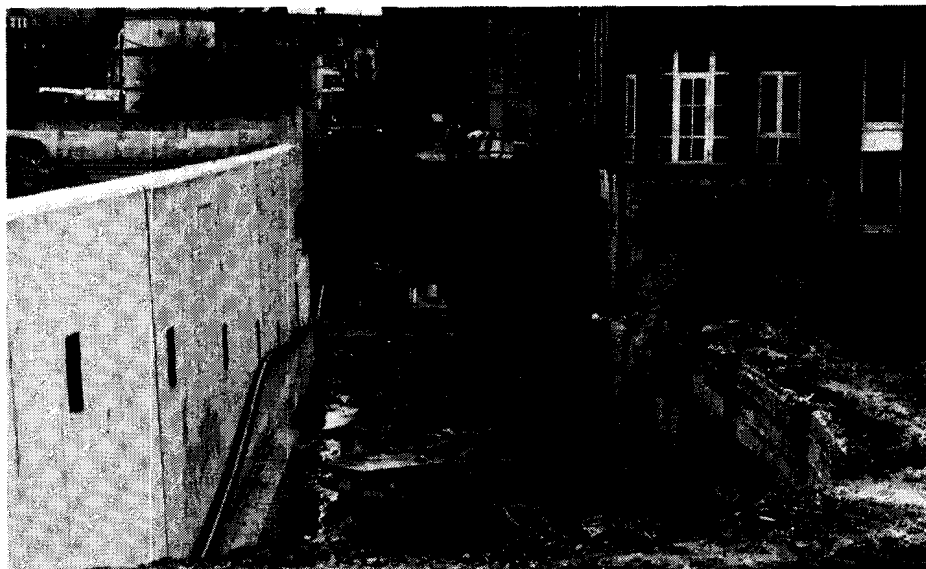
Ebenfalls für mehr kommunale Freiheit sprach sich Reinhard Kaiser (Verein für alternative Kommunalpolitik) aus. An der Ausschreibungspflicht solle festgehalten werden. Die Anbieter sollten aber keinen Anspruch auf die Vergabe haben. Zur besseren Kontrolle von örtlichen Netzwerken und Seilschaften sollten die Fraktionen der Kommunalparlamente Akteneinsichtsrecht erhalten und das Land eine Beschwerdeinstanz einrichten.

In der ersten Fragerunde ging es bei Fragen von Bärbel Höhn (GRÜNE), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Jürgen Thulke (SPD), Albert Leifert, Hannelore Brüning (beide CDU), Irmgard Schmid (SPD) und Michael Ruppert (F.D.P.) unter anderem um Kontrollmöglichkeiten im Rahmen der VOB, um Nachteile für kleine Handwerksbetriebe bei Aufhebung der VOB, um Risiken bei freizugehandelten Preisen, etwa Tochterunternehmen als Ausweg aus der öffentlichen Auftragsvergabe, um die Vorreiterrolle des deutschen Vergabewesens im Ausland, um höheren Verwaltungsaufwand bei freier Ver-

gabe und um den allgemeinen Trend zu Kartellbildung und Korruption. Für öffentliche Ausschreibungen sei das Nachverhandlungsverbot ein Essential, sagte Hans-Georg Crone-Erdmann (Industrie- und Handelskammern NRW) und warnte dringend davor, die VOB aufzuheben. Bei einer Vielfalt von Vergabeformen sei das Verfahren für Mittelständler nicht mehr überschaubar und kalkulierbar. Für mehr

Gebiet voraus. Die Expertin wandte sich im übrigen strikt gegen die Aufhebung des Verhandlungsverbots, die an den Grundfesten öffentlichen Verhaltens rütteln würde und nicht zu verantworten sei.

Eine bittere Bilanz nach 1500 Korruptionsfällen zog Oberstaatsanwalt Wolfgang Schauensteiner (Landgericht Frankfurt): Das heutige Ausmaß systematischer Bestechung von Amts- und Mandatsträgern, von



Vor allem beim Tiefbau, wie hier am Düsseldorfer Rheinufer, ist die Bauwirtschaft nahezu ausschließlich auf öffentliche Aufträge angewiesen. Bei der Anhörung des Kommunalausschusses äußerten sich ihre Vertreter positiv zur deutschen Verdingungsordnung und forderten die Kommunen auf, ihr Vergabe-Personal zur besseren Kontrolle von Bauleistungen nachzuschulen. Foto: Schälte

Wirtschaftlichkeit könnten Bestimmungen aber gelockert werden. Ähnlich äußerte sich Dr. Thomas Köster (NRW-Handwerkstag). Er kritisierte das Ersetzen von Wirtschaftsdurch Haushaltspolitik und mangelhafte Planungsleistungen durch kommunale Bauämter.

Die Aufhebung des Nachverhandlungsverbots könnte überhöhte Angebotspreise nach sich ziehen, befürchteten Rechtsanwalt Lutz Pollmann (Baugewerbliche Verbände) und Rechtsanwalt Wolfgang Peters (Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie NRW). Sie erwarteten auch keine Kosteneinsparungen für die Kommunen. Peters empfahl, das Vergabepersonal nachzuschulen und die Ausschreibungen genauer abzufassen. Probleme ergäben sich nicht aus der VOB, sondern aufgrund mangelnder Kenntnisse und durch Mißachtung. Ähnlich äußerte sich Gudrun Lampe-Helbig (Deutscher Verdingungsausschuß für Bauleistungen): Die Ursachen für Verstöße lägen bei Bauämtern. Das Schulungsdefizit müsse konsequent beseitigt werden. Die richtige Anwendung der VOB setze Sachkunde auch auf technischem, rechtlichem und kaufmännischem

Wettbewerbsverzerrung und Preisbildungsbetrug sei früher undenkbar gewesen. So würden Planungen von Auftragnehmern selbst durchgeführt. Sie erhielten vorteilhafte Insider-Informationen. Gegen zwei bis fünf Prozent der Auftragssumme in bar würden bei beschränkten Ausschreibungen Baukartelle geduldet. Die abgesprochenen Preise seien zum Nachteil der öffentlichen Auftraggeber durchschnittlich um 30 Prozent überhöht. Schauensteiner schätzte den Schaden für den Fiskus auf jährlich über zehn Milliarden Mark. Verwaltungsinterne Kontrolle sei bisher nicht auf kriminelles Verhalten angelegt: „Ich bitte, doch ein bißchen kriminelle Fantasie zu entwickeln“, sagte der Staatsanwalt und empfahl ein sogenanntes Korruptions-Controlling, Verlaufskontrolle und unabhängige Projekt-Steuerung. In der zweiten Runde stellten Abgeordnete eine „seitenverkehrte“ Themenbehandlung fest und wiesen den Eindruck zurück, die Kommunalpolitiker wollten der Freihandvergabe Tor und Tür öffnen. Vorsitzender Dr. Twenhöven bemerkte abschließend, auch zahlreiche Zuschriften würden in die weiteren Beratungen einbezogen.

## Verkehrsausschuß-Anhörung Regionalisierung (II)

### Klärungsbedarf bei ÖPNV-Interessen

Zum NRW-Regionalisierungsgesetz äußerten sich in der öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses am 25. November Vertreter der Kommunen und Kreise, Sprecher von Verkehrsunternehmen und -gewerkschaften sowie von Verkehrsclubs. *Nachstehend Fortsetzung des Berichts aus der vorigen Ausgabe.*

Auf Fragen von Heinz Hunger, Hans-Dieter Moritz, Walter Grevener, Uwe Herder (alle SPD), Gisela Nacken (GRÜNE), Gerhard Wächter und Günter Langen (beide CDU) verdeutlichte Beigeordneter Kiepe (Städte- tag), alle Betriebskosten müßten vom Land übernommen werden. Die Nahverkehrsplanung müsse im „Gegenstromprinzip“ erfolgen: Vorgaben vor Ort, Abstimmung auf Regionalebene. Als Großbesteller seien Zweckverbände geeignet. Die Komplementärmittel des Landes müßten wie bisher gezahlt werden. Die Kosten der gesamten Infrastruktur: Fahrweg, Fahrzeuge und Instandhaltung sollten Land und kommunale Träger hälftig tragen. Das solle gesetzlich und dynamisiert geregelt werden. Giesen (Städte- und Gemeindebund) hielt Vor- und Nachteile durch die im Gesetz vorgesehenen Zweckverbände sowie Aussagen zur Weiterleitung vom Land an die Kommunen für noch nicht klar genug. Dr. Krämer (Landkreistag) stimmte einer anteiligen Kfz-Steuer für die Kreise zu.

Nach den ÖPNV-Unternehmensvertretern Muthesius und Frohnert (s. vorige Ausgabe) empfahl Rainer Graichen (Deutsche Bahn AG), über ein garantiertes landesweites Mindestangebot sowie über die Förderung von Verkehrsverbänden noch nachzudenken und die Fahrzeugbeschaffung den Verkehrsunternehmen zu überlassen. Das Schienennetz solle sich aus eigenen Einnahmen finanziell tragen, die Trassenpreise seien so kalkuliert.

Dr. Eberhard Christ (Westfälische Verkehrsgesellschaft) forderte eine andere Verteilung der Transfermittel, damit nicht Wohltaten der Vergangenheit jetzt noch zusätzlich belohnt würden. Als von Gisela Nacken (GRÜNE) nachgefragte „wesentliche Verbesserungen“ als Voraussetzung für die Umstellung

auf Busbetrieb bestätigte er: Taktverdichtung, Geschwindigkeit, Platzangebot, Mitnahme von Fahrrädern und Gepäck, Haltestellenqualität. Gert Blumenthal (Bahnbus Holding) plädierte ergänzend für unternehmerische Spielräume.

Dr. Nicola Hirsch (DGB) hielt den Gesetzentwurf für unzureichend. ÖPNV werde zwar als Daseinsvorsorge festgelegt, das Gesetz sei aber nur ein Regelwerk zur Weiterleitung der Regionalisierungsmittel. Mindeststandards müßten normiert, Schienenverkehre gezielt gefördert und Fahrgäste beteiligt werden.

Alois Weis (Eisenbahner-Gewerkschaft) trat ebenfalls für ÖPNV-Vorrang und ÖPNV als Pflichtaufgabe ein. Integraler Taktverkehr, einheitliche Fahrplan- und Tarifgestaltung reichten über Befugnisse von Zweckverbänden hinaus und sollten in einem Landesgesetz verankert sein. Das Land müsse auch weiterhin Komplementärmittel bereitstellen. Theo Beer (IHK) hielt dagegen den ÖPNV-Vorrang für falsch und Wirtschaftlichkeit sowie Wettbewerb beim ÖPNV für wichtig. Vor allem dürften kommunale Verkehrsbetriebe keine Wettbewerbsvorteile erhalten. Zubringerfunktionen zum Personenfernverkehr müßten durch Vorgaben gesichert werden. Udo Wiemann (Koordinierungsstelle der Verkehrsgemeinschaften Ostwestfalen-Lippe) bedauerte die im Gesetz vorgesehene Umweg-Finanzierung an die Aufgabenträger. Unnötige neue Verwaltungskapazitäten und Zweckentfremdung der Mittel sollten vermieden werden. Durchtarifierung als freiwillige Ermessensentscheidung der Verkehrsunternehmen sei keine gute Lösung.

Die von Heinz Hunger (SPD) nachgefragte Nahverkehrsabgabe könne, so antwortete die DGB-Sprecherin, eine vom Verkehrsmi-

nister bereits angedachte Innenstadtzufahrtsgebühr in Form von Pflicht-ÖPNV-Tickets oder eine Parkraumgebühr sein.

Lars Hirschfeld (Pro Bahn NRW) monierte jahrzehntelange Streckenstilllegungspolitik und forderte statt dessen Ausbaupläne für das Bahnnetz. Das Land müsse die gesamte ÖPNV-Bedarfsplanung übernehmen. Städte, Kreise und Gemeinden, die an stillgelegten Bahnstrecken liegen, dürften nicht noch weiter benachteiligt werden. Iko Tönjes (Verkehrsclub NRW) klagte, die Interessen der Nutzer und der Umwelt kämen bei Anhörungen immer zum Schluß, und verlangte absoluten Vorrang für Bahnmodernisierung zur Gleichbehandlung mit dem Straßenbau sowie Chancen für den Schienengüterverkehr. Planungskapazitäten bei den Landschaftsverbänden dürften nicht brachliegen. Neben Straßenbaubehörden müsse es auch Nahverkehrsbehörden geben. Prämien für Schienenersatzverkehre lehnte er ab und kritisierte „nebenher Luxus und Sibirien im ÖPNV“ durch schlechten Mitteleinsatz. Kindergrenzen und Fahrgastinformationen sollten landesweit einheitlich sein.

Andreas Zimmermann (ADAC Nordrhein) verwies auf seine schriftliche Stellungnahme, worin er unter anderem die ÖPNV-Organisation als Aktiengesellschaft, auch zur besseren Fahrgastvertretung, und die Prüfung des SPNV durch den Bundesrechnungshof empfahl. Die Ballungsräume dürften nicht länger bevorzugt werden. Über die Fahrzeugbeschaffung müßten die Zuschußgeber entscheiden, damit nicht jeder Verkehrsbetrieb teure Sonderwünsche verwirklichte. Er habe den Eindruck, daß nur Geld verteilt und überlegt werde, wie man diese heranzukommen sei und wie man diese zweckentfremden könne. Spar- und Ertragsziele seien im Gesetzentwurf nicht erkennbar. Auch mehr Verkehrssicherheit auf schienengleichen Übergängen vermisse er. Seine provokanten Äußerungen reizten Uwe Herder (SPD) zu energischem Widerspruch. Zu Streckenstilllegungen, nach denen Gerhard Wächter (CDU) gefragt hatte, wies der VCD-Sprecher auf die geplante Schließung von Tarifpunkten und Strecken für den Güterverkehr hin. Ausschußvorsitzender Jaax sagte abschließend zu, die Erkenntnisse der Anhörung in die weiteren Beratungen des Verkehrsausschusses und der mitberatenden Ausschüsse einzubringen.

## Wirtschaftsausschuß

### Spanien und Portugal

*Die Bewältigung des Strukturwandels stand im Mittelpunkt der Informationsreise einer von Dr. Jürgen Schwericke (CDU) geleiteten Kommission des Wirtschaftsausschusses nach Spanien und Portugal.*

Recht erfolgreich — besonders im Vergleich zu anderen spanischen Regionen — präsentierte sich Katalonien, wo in den letzten Jahren im Dienstleistungsbereich fast eine halbe Million Arbeitsplätze geschaffen wurden und hohe Investitionen bei der Forschung und der technologischen Entwicklung getätigt werden. Bei dem Gespräch mit der katalanischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft CIDEM wurde deutlich, daß in Zukunft verstärkt auf Kooperationen mit anderen europäischen Regionen gesetzt wird. Ausdruck dafür ist ein Büro, das die CIDEM zur Zeit in Düsseldorf eröffnet.

Beim Besuch des katalanischen Parlaments erläuterte dessen Präsident Joaquim Xicoy i Bassegoda, die Autonomiebestrebungen

## Technologietransfer

Nahezu flächendeckend sind in NRW Technologietransfereinrichtungen aufgebaut worden, von denen sich zehn Technologiezentren, neun Forschungs- und Entwicklungszentren sowie vier Umweltschutzagenturen auf Umweltschutzthemen konzentrieren. Diese Einrichtungen sind für jedermann zugänglich. Das teilt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des F.D.P.-Abgeordneten Hans-Joachim Kuhl mit (Drs. 11/8024).

Kataloniens, deren Realisierung er in einem zusammenwachsenden Europa optimistisch beurteilt. Die Unterschiede zu den deutschen Ländern und der föderalen Struktur Deutschlands wurden in der allgegenwärtigen und offiziell ausschließlich verwendeten katalanischen Sprache sinnbildlich. In Zaragoza stand die Besichtigung des Werkes von General Motors España auf dem Programm — einem der modernsten und produktivsten Automobilwerke Europas, wo seit 1982 der Opel Corsa produziert wird.

(wird fortgesetzt)

## Bergbausenkenungen und Wasserstraßen

Durch Bergsenkenungen im Abbaubereich der Ruhrkohle AG entstanden zwischen 1970 und 1994 Kosten für Ausgleichsmaßnahmen an Wasserstraßen in Höhe von 403 Millionen Mark. Das teilte das Wirtschaftsministerium dem Abgeordneten Hermann Kampmann (CDU) auf dessen Anfrage mit. Die durchschnittlichen Förderkosten erhöhten sich dadurch um 50 Pfennige pro Tonne Steinkohle. Als Beispiele für Großmaßnahmen gelten Deichaufhöhungen, Brückenhebungen, Schleusensanierung und Dükerneubau. Vorteile seien, daß Brücken bei Hebung gleichzeitig auf die Durchfahrts Höhe für Europaschiffe ausgelegt würden, das Absenken des Duisburger Hafens und der Bergeseinsatz zur Damm-Stabilisierung.

## Unbehagen bleibt bei Abschaffung von Feiertag

Der Hauptausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) hat mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Grünen dem Feiertagsgesetz Nordrhein-Westfalen im Entwurf der Landesregierung zugestimmt (Drs. 11/7826).

Der CDU-Abgeordnete und Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose, sagte zu Beginn der Aussprache, die grundsätzlichen Standpunkte seien vorgetragen. Inzwischen aber seien eine Reihe von Äußerungen erfolgt, wonach die Frage der Abschaffung des Feiertags neu überdacht werden sollte. Es gebe kirchliche und politische Kreise, die nachdrücklich sagten, der eingeschlagene Weg sei nicht der richtige. Der Politiker unterstrich indessen, bei allen Abstrichen, den Vorrang der Pflegeversicherung. Darüber hinaus erinnerte er an die Möglichkeit, den Buß- und Betttag als kirchlichen Feiertag beizubehalten. Das mache die Zustimmung leichter. Klose betonte allerdings, man werde jedem weiteren Versuch, einen weiteren Feiertag in Anspruch zu nehmen, nachdrücklich entgegenzutreten.

### Anerkennung für die Kirchen im Land

Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Bärbel Höhn, machte nach eigenen Worten „ihre Bedenken deutlich“. Man könne nicht hingehen und fordern, entweder der Feiertag falle weg oder die Arbeitnehmer bezahlten den vollen Anteil. Man halte den Weg für falsch. Der SPD-Abgeordnete Hans Kern signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Kompromiß. Allerdings machte auch er deutlich, wenn die stationäre Pflege komme, könne nicht über einen zweiten Feiertag geredet werden. Kern zollte den beiden Kirchen in Nordrhein-Westfalen Anerkennung für ihr neutrales Verhalten und ihr Verständnis für den Vorrang der Pflege. Vorsitzender Grätz unterstrich, es bleibe ein Unbehagen in den Kirchen, das er nachdrücklich teile. Man müsse aber das Ziel sehen. Er bedauerte indessen, daß man sich über die Bedeutung eines Feiertages erst klarwerde, „wenn er abgeschafft wird“.

### Personalien...

**Dr. Rolf Krumsiek** (SPD), nordrhein-westfälischer Justizminister, kandidiert 1995 nicht mehr für den Landtag. Er wolle den Weg für jüngere Kräfte in Parlament und Regierung freimachen, kündigte der Politiker in seinem Wahlkreis Minden-Lübbecke an.

★

**Peter Beier**, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, ist der theologische Ehrendoktor der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn verliehen worden. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) würdigte Beier in diesem Zusammenhang als einen Mann, der „unverwechselbar die biblische Botschaft in den Mittelpunkt seines Redens und Wirkens stellt“.



Der Hauptausschuß bei seiner letzten Novembersitzung.

Foto: Schälte

## Anfang 1995 zwei Anhörungen zum öffentlichen Dienst

Anfang nächsten Jahres nehmen in zwei Anhörungen Experten zur Modernisierung im öffentlichen Dienst Stellung. Am 1. Februar führt der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform eine ganztägige öffentliche Anhörung zum Thema „Verwaltungspolitisches Leitbild für die Modernisierung der Verwaltung in NRW“ durch. Grundlage ist ein SPD-Antrag mit gleichlautendem Titel (Drs. 11/7668).

Diesem Antrag ließ die SPD-Fraktion inzwischen eine Große Anfrage „Erneuerung der Verwaltung in NRW“ (Drs. 11/8071) folgen, in der sie die Landesregierung nach Bürger- und Kundenorientierung, Mitarbeiterführung, Kooperation, Wettbewerb als Innovationsquelle und betriebswirtschaftlichen Steuerungssystemen fragt. Auch von den drei Oppositionsfraktionen liegen Anträge vor: Umfassende Überprüfung des Aufgabenbestandes als Grundlage einer Verwaltungsreform (CDU, Drs. 11/6974), „Landtag muß umsetzungsfähige Konzepte neuer Verwaltungsstrukturen vorlegen“ (F.D.P., Drs. 11/7662) und „Verwaltungen im Dienste

der Bürgerinnen und Bürger — für den ökologischen und sozialen Umbau“ (GRÜNE, Drs. 11/7677).

Am 2. Februar geht es, ebenfalls in öffentlicher Anhörung, im Ausschuß für Innere Verwaltung um die „Reform des öffentlichen Dienstrechts“. Vor dem Hintergrund wachsender Pensionslasten sollen dabei auf Anregung des Haushaltsausschusses auch flexiblere Personalplanungskonzepte behandelt werden. Nach der soeben von der Landesregierung vorgelegten Antwort auf die Große Anfrage der CDU zum Thema „Personalstellen- und Personalkostenentwicklung“ (Drs. 11/8085) wird die Zahl der Versorgungsempfänger in NRW von jetzt knapp 103 000 bis zum Jahr 2010 auf knapp 173 000 ansteigen. Die Versorgungsaufwendungen (ohne Beihilfen) sollen von knapp fünf auf fast neun Milliarden Mark steigen. Um die Versorgungsfälle zu bearbeiten, müssen nach heutigem Stand 143 neue Stellen mit Kosten von gut neun Millionen Mark eingerichtet werden.

Die Anhörungen finden im Plenarsaal statt, Beginn ist jeweils 10 Uhr.

## Aufgaben-Kataster für Landesverwaltung

Im Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform erstattete die Projektgruppe am 7. November einen Zwischenbericht. Die Sitzung wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden Hans-Peter Lindlar (CDU) in Vertretung des erkrankten Vorsitzenden Ulrich Schmidt (SPD) geleitet. Nachfolger von Heinz Paus als CDU-Sprecher wurde Franz-Josef Britz.

Leitender Ministerialrat Gerhard Vogt (Projektgruppe) stellte dar, man habe damit begonnen, auf der Basis inzwischen in größerer Anzahl zugeleiteter Organisations- und Geschäftsverteilungspläne die Aufgaben verschiedener Behörden zu erfassen. Die Projektgruppe habe dabei ein System entwickelt, nach welchem die einzelnen Aufgaben bestimmten Politikfeldern und Funktionsbereichen zugeordnet würden. Man verspreche sich davon, die Grundfunktionen der auf diese Weise erfaßten Behörden transparent machen zu können, damit Schnittstellen und eventuelle Überschneidungen sichtbar würden.

Der Antrag der CDU „Verfalldatum für Zuwendungen des Landes“ (Drs. 11/6989), der eine Befristung aller Zuwendungsprogramme des Landes vorsieht, wurde im Hinblick auf inzwischen von der Landesregierung abgegebene Stellungnahmen für erledigt erklärt.

Die Projektgruppe hatte in einem Bericht an den Ausschuß (Vorl. 11/3284) vorgeschlagen, auch die bestehenden Altprogramme schrittweise einer Revision zu unterziehen. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärte sich das Finanzministerium mit dem schrittweisen Einbezug „alter“ Förderungspro-

Fortsetzung Seite 8



Von Dr. Roger Lagarde, einem international erfahrenen Experten der Kommunikationsindustrie, gab es Lob für den deutschen Digitalnetzstandard.

Foto: Schälte

## Unterausschuß Europapolitik

### Kommunikationsindustrie sichert Arbeitsplätze

Keine neuen, aber Sicherheit für vorhandene Arbeitsplätze durch breitere Anwendung von digitaler Übertragungstechnik sah ein international erfahrener Experte aus der Kommunikationsindustrie bei seinem Vortrag im Unterausschuß Europapolitik des Hauptausschusses am 7. Dezember voraus. Staatskanzleichef Wolfgang Clement informierte den von Jürgen Büssow (SPD) geleiteten Unterausschuß über weit vorangetriebene Digitalnetzprojekte in NRW. Als neues Mitglied im Unterausschuß wurde Johannes Sondermann (SPD) als Nachfolger von Reinhold Hemker begrüßt, der in den Bundestag gewählt worden ist.

Aus Zürich war als Sachverständiger Dr. Roger Lagarde gekommen, der jahrelang für einen Elektronikkonzern in Japan und Europa gearbeitet hat. Lagarde berichtete, einige Produkte der Digitaltechnik (CD, Mobilfunk) hätten sich ohne absichtsvolle Steuerung auf den Märkten durchgesetzt, andere wie das hochauflösende Fernsehen dagegen nicht. Der große Erfolg von Handies sei nicht vorhergesehen worden. Das integrierte Datennetz sei dagegen trotz enormer Investitionen ein Riesenfehlschlag geworden. Interaktive Systeme seien das Novum der Branche und eröffneten große Anwendungsbereiche mit mehr Kanälen und mehr Diensten. Mit dem auf weltweite Kommunikation angelegten „Internet“ sei dagegen kein Geld zu verdienen. Hinsichtlich der Akzeptanz seien Zweifel angezeigt. Beschäftigungspolitische Effekte seien von der „Kulturindustrie“ nicht zu erwarten. Überraschende Booms habe es nur in Marktnischen gegeben. Es werde sehr lange dauern, bis ein Prozent des Warenumsatzes elektronisch erfolge. Europäische Unternehmen sollten sich auf Kernkompetenzen und regionale Netze konzentrieren.

Im Unterausschuß wurden die pessimistischen Ausführungen im Hinblick auf neue Arbeitsplätze mit Verwunderung aufgenommen. Hans Kern (SPD) wies auf die großen Hoffnungen hin, die im Delors-Bericht für europäische Kommunikationsnetze geweckt

## Aufgaben-Kataster...

Fortsetzung von Seite 7

gramme einverstanden. Zunächst solle der Bereich der „Beratungsprogramme“ aufgegriffen werden.

Die institutionelle Förderung, so erklärte eine Vertreterin des Finanzministeriums auf Nachfrage von Franz-Josef Britz und Dr. Katrin Grüber, die einen erheblichen Anteil der Beratungsprogramme ausmache, sei im Hinblick auf die damit gewährten Personalkostenzuschüsse ein äußerst sensibler Förderbereich, dessen Überprüfung einen langen Zeitraum erfordere. Es sei daher folgerichtig, diese Beratungsprogramme zuerst zu überprüfen.

Stefan Frechen (SPD) äußerte daraufhin die Erwartung, den Antrag der CDU für erledigt erklären zu können, nachdem die Landesregierung ihre Zusagen gegeben habe. Dem stimmte der Ausschuß zu.

Schließlich verständigte sich der Ausschuß am Ende der Sitzung auf einen Kreis von Sachverständigen, die am 1. Februar 1995 in einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Verwaltungspolitisches Leitbild für die Modernisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen – Ziele, Wege, Instrumente“, befragt werden sollen. Es sollen Fachleute aus der Landesverwaltung, Wissenschaftler, Gewerkschaften und Beratungsunternehmen auf der Basis zentraler Parteianträge und bisheriger Arbeiten der Projektgruppe angehört werden.

würden. In seiner Antwort lobte Lagarde den vorbildlichen Ausbau der Digitalisierung in Deutschland, ohne den Arbeitsplätze bereits verlorengegangen wären. Marianne Paus (CDU) artikulierte Ängste vor weiterem Verlust menschlicher Beziehungen durch die neuen Techniken. Erich Heckelmann (SPD) fragte nach positiven Auswirkungen auf die politische Kommunikation. Und Jürgen Büssow (SPD) ergänzte, vielleicht seien sogar demokratiefördernde Entwicklungen zu erwarten. Lagarde meinte, sein Bild vom Politiker habe sich radikal gewandelt. Vor wenigen Jahren habe er Politiker noch als Wesen ohne Medien erlebt. Heute gebe es keine Politiker ohne Medien mehr.

## Demokratiefördernd

Staatskanzleichef Wolfgang Clement äußerte sich optimistischer. NRW-Unternehmen hätten vom Mobilfunk profitiert. Durch Konkurrenz aus NRW würden Kommunikationskosten allgemein auf ein Drittel der heutigen Kosten abgesenkt. Massive Kostensenkungen seien auch durch moderne Medizinkommunikation zu erwarten. Schließlich komme es durch mehr Fernsehprogramme zu mehr Filmproduktionen.

Ilka Keller (CDU) wies auf die Gefahr von „Computer-Analphabeten“ hin. Es sei die Pflicht des Staates, meinte der Züricher Experte, die Bürger für den Umgang mit den

## Mehr Mittel für Schwangerschaftsberatung

Im Ausschuß für Frauenpolitik wurde am 25. November der Grünen-Antrag „Flächendeckendes Angebot an Beratungsstellen und Einrichtungen zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs“ (Drs. 11/1812) in der von der Antragstellerin überarbeiteten Fassung vom September 1993 abschließend beraten und mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

In die von Marie-Luise Morawietz (SPD) geleitete Beratung wurde ein Bericht des zuständigen Sozialministeriums (Vorlage 11/3458) einbezogen, in dem Ergebnisse einer Umfrage bei den Bezirksregierungen eingeflossen sind. Danach ist in NRW mit 450 Beratungskräften die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von mindestens einer Beratungsperson pro 40000 Einwohner mehr als erfüllt. Das Beratungspersonal setzt sich aus 129 Fachkräften in Beratungsstellen, 261 beratenden Ärztinnen und Ärzten sowie 60 nicht mit Landesmitteln geförderten Fachkräften zusammen. Alle geförderten Beratungsstellen seien gegenwärtig voll ausgelastet. Im Haushalt 1995 sei mit dem auf 12,7 Millionen Mark erhöhten Ansatz die Grenze der Landesleistung erreicht. Von einem flächendeckenden Angebot an Einrichtungen zum Schwangerschaftsabbruch sei auszugehen, Schwierigkeiten in ländlichen Regionen jedoch nicht auszuschließen.

Marianne Hürten (GRÜNE) bezweifelte die Zahlen und auch die Eignung der gezählten Beratungsstellen. Von den von der GRÜNEN-Fraktion auch geforderten Familienplanungszentren hielt Brigitte Speth (SPD) nichts, da im ländlichen Raum Anonymität gefragt sei. Regina van Dinther (CDU) lehnte solche Zentren als zu dirigistisch und zu sehr gelenkt ab. Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) fand den überarbeiteten Antrag richtig, hielt das Anliegen jedoch für erledigt. Die rückläufige Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen sei positiv.

★

Vorbehaltlich der Zustimmung der Landtagsausschüsse erließ die Landesregierung ebenfalls am 25. November eine Verordnung über die Zuständigkeiten bei Schwangerschaftsberatung und -abbruch (Vorlage 11/3480). Danach ist die Bezirksregierung zuständig für die staatliche Anerkennung der Beratung, bei kirchlichen Trägern sind es die Kirchen. Ab 1. Januar 1995 sind außerdem die Ärztekammern zuständig, einer Ärztin oder einem Arzt zu untersagen, die Voraussetzungen eines Abbruchs festzustellen.

neuen Medien auszubilden. Ordnungspolitische Eingriffe hätten beim PC-Vormarsch nichts genützt. Auf dem Fernsehmarkt seien sie jedoch angezeigt.

Staatskanzleichef Clement berichtete anschließend zum Aktionsplan „Europas Weg in die Informationsgesellschaft“, in NRW seien drei große Projekte unter engagierter Begleitung der Staatskanzlei weit vorangeschritten und erwarteten nun das Ende der Netzmonopole, das seitens der EU erst für spätestens 1. Januar 1998 vorgesehen sei. Absolute unternehmerische Freiheit sei Voraussetzung für die Wettbewerbschancen.



## Haushaltsausschuß: Ausgabendisziplin trotz drückender Sorgen

Zu den Gesetzentwürfen und den 15 Einzelplänen hatten 18 Fachausschüsse des Landtags in 43 Berichten, Gesamtlänge: 525 Seiten, Stellung genommen. Wie Vorsitzender Riscop feststellte, kann die zweite Ergänzungsvorlage des Finanzministers erst zur dritten Lesung am 16. Dezember beraten werden, da sie dem Landtag noch nicht vorlag. Die meisten Stellungnahmen gab der Ausschuß für Frauenpolitik ab, der, gemäß seinem Selbstverständnis als Querschnittsaufgabe, zu fast allen Einzelplänen ein Votum abgab.

Auf Vorschlag des finanzpolitischen Sprechers der CDU Leo Dautzenberg berichtete zum GFG Finanzstaatssekretär Dr. Karl-Heinz Bentele zuvor über Auswirkungen der aktuellen Steuerschätzungen. NRW müsse seinen Haushaltsansatz um 520 Millionen Mark zurücknehmen, davon schlugen 119 auf das GFG durch, die jedoch kreditiert und 1996 verrechnet werden sollten. Beim Länderfinanzausgleich zeichneten sich 175 Millionen Mark weniger an NRW-Zahlungsverpflichtungen ab, die das Land direkt an die Kommunen weitergeben wolle. Reinhold Trinius (SPD) lobte das kreditieren als gemeindefreundlich und kündigte beim kommunalen Schulbau einen Änderungsantrag zur dritten Lesung an.

Der Unterausschuß Personal hatte das Ergebnis seiner Beratungen vom 5. Dezember vom Gutachterdienst der Landtagsverwaltung in einer zwei Zentimeter dicken Vorlage zusammenstellen lassen. Einstimmig hob der Ausschuß gemäß Empfehlung des Unterausschusses die Stellenbesetzungssperre für Bewährungshelfer und für den (einfachen) Justizvollzugsdienst auf. Zum Aufstieg in den gehobenen Dienst wurden weitere Planstellen beim Polizeivollzugsdienst freigegeben. Den CDU-Antrag, 500 zusätzliche Polizeianwärter zur Verstärkung des kriminalpolizeilichen Dienstes einzustellen, lehnte die SPD-Mehrheit ab. Für rund 400 Aushilfskräfte der Finanzverwaltung, deren Verträge Ende 1995 auslaufen, sicherte Staatssekretär Bentele möglichst sozialverträgliche Lösungen zu, wofür der Vorsitzende des Unterausschusses Personal Peter Bensmann (CDU) namens aller Fraktionen dankte.

In acht Ressorts nahmen die Parlamentarier Veränderungen gegenüber den Entwürfen des Finanzministers vor, wobei meistens innerhalb der Ressorts umgeschichtet wurde. Die meisten Änderungen erfolgten in den umfangreichen Ressorts Kultus und Wissenschaft. Nach der Schlußberatung zur zweiten Lesung waren dennoch Mehrausgaben in Höhe von 15,3 Millionen Mark beschlossen worden, die durch globale Mehreinnahmen ausgeglichen werden sollen.

Beim Einzelplan 20 — Allgemeine Finanzverwaltung — setzte sich die CDU mit ihrem Antrag nicht durch, den Verstärkungstitel für Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von zehn Millionen Mark ganz zu streichen. Die SPD-Mehrheit lehnte auch den Vorschlag von Leo Dautzenberg (CDU) ab, die Rücklagen für strukturwirksame Maßnahmen ganz aufzulösen, da Kassenkredite wegen geänderter Zinsstrukturen heute günstiger seien. Vom Finanzministerium wurde auf zeitnahe „Floater“ hingewiesen, mit denen Zinsverluste vermieden würden. Zahlreiche Kürzungsvorschläge der Grünen in diesem Bereich hatten keine Chance. Rudolf Wickel

## Zahlreiche Änderungen in zweiter Lesung

*Im Haushalts- und Finanzausschuß stand am 8. Dezember die Schlußberatung des Haushaltsentwurfs 1995, des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 1995 mit Abstimmungen zur zweiten Lesung auf der Tagesordnung. Am Ende der von Franz Riscop (CDU) geleiteten mehrstündigen Sitzung beauftragte der Haushaltsausschuß den Finanzminister, Mehrausgaben in Höhe von 15,3 Millionen Mark durch globale Mehreinnahmen zu erwirtschaften. Staatssekretär Bentele hielt den vorgeschlagenen Ausgleich für realistisch.*

(F.D.P.) wandte zum Beispiel gegen die von Dr. Manfred Busch (GRÜNE) vorgeschlagene Kürzung beim Ansatz „Unterhaltung von Landesgebäuden“ um 100 Millionen Mark ein, das sei Vergehen am Landesvermögen und bedeute das Ende der Substanzpflanze.

Einen qualifizierten Sperrvermerk brachte der Haushaltsausschuß einstimmig bei einem Ansatz „Beratung für Beschäftigungsgesellschaften“ als besondere Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mit dem Titel „START“ an, da das Arbeitsministerium die Verwendung noch nicht schlüssig erläutert hatte. Oberregierungsrat Hans Lauf sagte nähere Angaben im Laufe des Jahres zu.

Besonderes Mißtrauen in allen drei Oppositionsfractionen erregte eine neuer SPD-Antrag, im Haushalt des Umweltministers 500 000 Mark für ein Informationskampagne zusätzlich einzustellen, die durch entsprechende Kürzung beim Verstärkungsfonds Öffentlichkeitsarbeit gedeckt werden sollen. Reinhold Trinius (SPD) erläuterte, NRW werde mit einer Initiative im Bundesrat zur Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes möglicherweise Erfolg haben, so daß dann die Bevölkerung rechtzeitig über Verkehrsbeschränkungen bei Smoggefahr aufgeklärt werden müsse. Die unterschiedlichen

Maßnahmen von Bund und Ländern im vergangenen Sommer hätten die Menschen verunsichert und für die Ozon-Problematik sensibilisiert. Dr. Manfred Busch vermutete Ähnlichkeiten mit Matthiesens Müllkampagne im Wahlkampf 1990 und wollte durch Terminierung ausschließen, daß Öffentlichkeitsarbeit zu Wahlkampfzwecken im Frühjahr 1995 mißbraucht werde. Leo Dautzenberg (CDU) hielt die bereits veranschlagten zwei Millionen Mark im Umweltressort für ausreichend, um diese Kampagne zu finanzieren. Rudolf Wickel (F.D.P.) wollte im Interesse der Sache jeden Anschein von Aktionismus vermieden wissen. Auf den Wunsch der Opposition, die Ausgabe bis nach der Wahl zu sperren, ging die SPD-Mehrheit nicht ein, grenzte jedoch durch Änderung des Haushaltsvermerks die Mittelverwendung ein.

Ebenfalls erst bei der dritten Lesung soll über einen Ansatz in Höhe von 500 000 Mark beim Landesrechnungshof entschieden werden, der unter anderem für Bohrkernentnahmen und Untersuchungen anlässlich eines schweren Korruptionsverdachts beim Straßen- und Kanalbau benötigt wird. Unvorbereitet wollten die Haushaltspolitiker dem nicht zustimmen. Sie hielten auch Prüfungen im Wege der Amtshilfe für möglich. Bis zur Schlußsitzung forderten sie weitere Informationen an.

## Kletterverbot im Rurtal ärgert Bergfreunde

### „Naturesportler schützen die Umwelt!“

*Zur Klausurtagung in Halle/Westfalen hatte der Sportausschuß unter Leitung von Hans Rohe (SPD) am 28. November Spitzenvertreter des Deutschen Alpenvereins (DAV) eingeladen. Sein Thema war „Sportklettern in Nordrhein-Westfalen“, bevor er sich den Sporttiteln im Haushaltsentwurf 1995 zuwandte.*

Zunächst schilderte Frau Erlenwein (Kultusministerium) die Situation nach dem Kletterverbot im Naturschutzgebiet „Buntsandsteinfelsen im Rurtal“ seit April 1994. In NRW gebe es nur wenige geeignete Kletterformationen, so daß die Einschränkungen zugunsten von Naturschutz und Landschaftspflege die Kletterfreunde besonders treffe. Das Ministerium fördere eine wissenschaftliche Untersuchung über die Auswirkungen des Kletterns auf Vegetation und Tierwelt und zum Sportverhalten.

Hans Rohe, selbst aktiver Sportkletterer, machte auf zunehmende Konflikte zwischen Sport und Umwelt aufmerksam, die auch aus vielen Eingaben an den Petitions- und den Sportausschuß erkennbar seien. Der Bundesvorsitzende des DAV Bellinger stellte den DAV als weltweit größten Bergsportverein mit 550 000 Mitgliedern vor, für den aktiver Naturschutz neben sportlichen Aktivitäten oberes Ziel sei. In NRW werde seit 100 Jahren geklettert. Einige notwendige Sper-



*Hans Rohe (SPD, Foto) teilte als aktiver Sportkletterer und Vorsitzender des Sportausschusses das Anliegen des Alpenvereins, Verbote nicht zu übertreiben, sondern beim Schutz der Natur vor ungezügelter Freizeitgenuß mehr zu differenzieren.*

rungen habe der DAV mitgetragen und selbst für die Einhaltung gesorgt. Jetzt aber stehe der Verein in NRW mit dem Rücken zur Wand. (wird fortgesetzt)

## Polizei: Perspektiven für Aufstieg vom mittleren in gehobenen Dienst verbessert

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat Ende November die Beratungen des Einzelplans 03 – Innenministerium – abgeschlossen. Nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion soll es jedoch zu einigen Veränderungen im Personalbereich der Polizei kommen, die im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung nicht enthalten sind. Zur Beförderung von Polizei- und Kriminalbeamten aus dem Spitzenamt des mittleren Polizeivollzugsdienstes in den gehobenen Polizeivollzugsdienst beantragte sie die Umwandlung von etwa 7 500 Planstellen (davon 1 321 mit Amtszulage) der Besoldungsgruppe A 9 in solche des gehobenen Dienstes. Dabei wird allerdings zunächst auf die Nachschlüsselung verzichtet. Gleichzeitig werden 1995 2 500 Planstellen der Besoldungsgruppe A 8 in die nächsthöhere Besoldungsgruppe des mittleren Dienstes umgewandelt.

Zur Deckung der damit verbundenen Mehrkosten beantragte die Fraktion die Kürzung der im Haushaltsentwurf enthaltenen Nachschlüsselung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes um 25 Prozent sowie den Verzicht auf die im Haushaltsplanentwurf veranschlagte Nachschlüsselung von insgesamt 668 Planstellen nach Besoldungsgruppe A 9 mit Zulage.

Staatssekretär Wolfgang Riotte (Innenministerium) wies darauf hin, daß sich im Rahmen der Stellenbewirtschaftung weitere Möglichkeiten zur Beförderung von Beamten des mittleren Dienstes ergeben werden. Diese werden zum Teil auf Stellen der Besoldungsgruppe A 10 geführt, die mit lebensälteren Beamten besetzt wurden. Soweit diese nun durch Pensionierung frei würden, könnten ebenfalls Beförderungen nach Besoldungsgruppe A 9 mit Zulage erfolgen. Zu prüfen sei noch, ob Überleitungsmöglichkeiten nach Besoldungsgruppe A 9 oder auch A 10 des gehobenen Dienstes bestünden.

Durch die von der SPD-Fraktion beantragte Umwandlung wird die Struktur des gehobenen Polizeivollzugsdienstes entsprechend den Ergebnissen des „Kienbaum-Gutachtens“ weiter verbessert. Mit der Stellenverstärkung soll der Beförderungstau bei den Polizeiobermeistern/-innen teilweise abgebaut werden.

Nach den Worten des innenpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Stefan Frechen, wird mit diesem Vorgehen erreicht, daß bis zum Jahr 1998 insgesamt 6 000 Polizeibeamte/-innen des mittleren in den gehobenen Dienst überführt werden. Damit würde der Entschließungsantrag der SPD aus dem Jahre 1992 realisiert und das Dreisäulen-Modell der Polizei mit Inhalt gefüllt.

Der innenpolitische Sprecher der Fraktion der CDU, Heinz Paus, bedauerte, daß die teilweise Rücknahme der vorgesehenen Nachschlüsselung von Planstellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes gerade diejenigen trifft, die nach längerer Zeit endlich wieder mit einer Beförderung hätten rechnen können. Er glaube, daß die SPD-Fraktion hiermit einen Haushaltsüberschuß im Einzelplan des Innenministeriums erwirtschaften möchte. Dem schloß sich die Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, Dagmar Larisika-Ulmke, an und fügte hinzu, die im mittleren Polizeivollzugsdienst zu beobachtenden Frustrationserscheinungen würden nun lediglich in den gehobenen Dienst verlagert.

Roland Appell, Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, signalisierte hingegen seine Zustimmung zu den Anträgen, da er diese angesichts verknappter Haushaltsmittel unter sozialen Gesichtspunkten für ausgewogen hält. Mit dem Verzicht auf die Nachschlüsselung in der Besoldungsstufe des mittleren Dienstes sei dort allerdings weitere Unzufriedenheit zu befürchten.

Stefan Frechen verwies darauf, auch der Bundeskanzler habe in seiner Regierungserklärung den „schlanken Staat“ proklamiert. Die von der CDU-Fraktion geforderte Stellenvermehrung – jeweils 500 Stellen für Polizeianwärter und Angestellte – sei daher abzulehnen. Auch ohne die von der SPD-Fraktion beantragte Kürzung der Nachschlüsselung könnten im nächsten Jahr mehr als 4 000 Beförderungen im gehobenen Dienst ausgesprochen werden. Insoweit sei die Reduzierung der Nachschlüsselung im gehobenen Dienst vertretbar. Diese Maßnahme werde auch von der Mehrheit der Po-

lizei als richtiger Schritt bewertet. Zu dem Vorwurf, hiermit würde für den Landeshaushalt ein Guthaben angesammelt, wies er darauf hin, daß man die Gesamtentwicklung über 1998 hinaus betrachten müsse. Wenn man dies tue, werde klar, daß das Maßnahmenpaket insgesamt nicht zu einem Haushaltsüberschuß führe.

Heinz Paus wies darauf hin, daß seine Fraktion einen Gesamtdeckungsvorschlag innerhalb des Haushalts machen würde. Deshalb beantrage er keine Kürzungen im Einzelplan 03, in den seine Fraktion mehr investieren möchte, da die innere Sicherheit bei ihr einen besonderen Stellenwert habe. Er begründete ferner die von seiner Fraktion gestellten Anträge. So solle die Stellenvermehrung im Angestelltenbereich nach dem Wunsch seiner Fraktion vor allem zur innerdienstlichen Entlastung bei der Polizei dienen und – bei überwiegender Verwendung von Zeitbeitsstellen – den entsprechenden Arbeitsmarkteffekt haben. Dieses von den anderen Fraktionen insgesamt als positiv bewertete Ziel wurde von der SPD-Fraktion jedoch wegen des Fehlens konkreter Deckungsvorschläge abgelehnt.

Auch der Antrag der CDU-Fraktion, Mehreinnahmen im Einzelplan des Innenministeriums ausschließlich der inneren Sicherheit zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt. Dabei wurde der Gedanke an die Einführung der dezentralen Ressourcenverantwortung, der außerhalb der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen ausführlicher zu erörtern sein werde, begrüßt.

Abgelehnt wurde ferner ein Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung des Mittelsatzes für die Erhaltung und Wartung der Dienstfahrzeuge bei der Polizei. Das Innenministerium hielt den Mittelsatz für ausreichend. Für die Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnik wollte die CDU-Fraktion zusätzlich zehn Millionen Mark bereitstellen. Die technische Ausstattung der Polizei sei nach ihrer Auffassung vor allem im EDV-Bereich entscheidend zu verbessern. Es mache keinen Sinn, die Polizeiarbeit mit dem Ziel der besseren Kriminalitätsbekämpfung neu zu organisieren, aber nicht mit den notwendigen Ermittlungsmitteln auszustatten. Durch die Erhöhung des Haushaltsansatzes sollten die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die durch den Nachtragshaushalt für das laufende Jahr eingespart werden. Dem Argument, die vorgeschlagene Beschaffung diene der personellen Entlastung, stimmte die F.D.P.-Fraktion zu. Dagmar Larisika-Ulmke gab auch zu bedenken, ob die zentrale Beschaffung der Geräte beibehalten werden solle oder ob es sinnvoller sei, dies den örtlichen Behörden zu überlassen. Im übrigen wurde jedoch der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

Einstimmig beschlossen wurde vom Ausschuß eine Änderung des Ordnungsbehördengesetzes. Der Entwurf sah vor, die Zuständigkeit für die Überwachung der Einhaltung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten und der Befolgung von Lichtzeichenanlagen im Straßenverkehr an Gefahrenstellen den Kreisordnungsbehörden zu übertragen. Nach dem einvernehmlichen Willen des Ausschusses soll diese Zuständigkeit jedoch auch den kreisangehörigen Städten mit mehr als 60 000 Einwohnern übertragen werden.



Den senegalesischen Umweltminister Tijane Sylla (2. v.r.) hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebel (M.) im Landtag empfangen. Der Minister war in Begleitung der stellvertretenden Direktorin für Investitionen und Förderung des Tourismus, Marieme Diop (l.). Neben ihr ein Dolmetscher. Rechts im Bild Staatssekretär Dr. Hans-Hermann Bentrop vom nordrhein-westfälischen Umweltministerium.

## Landesbauordnung II: „Weniger Staat bringt unausweichlich auch ein Weniger an Rechtssicherheit“

Mit dem aus Tübingen kommenden Juristen Professor Dr. Ronellenfisch setzte der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen unter Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Jaeger (CDU) die Anhörung zur Novelle der Bauordnung fort (siehe Landtag intern Nr. 20 Seite 4).

Professor Dr. Ronellenfisch sah in der neuen Bauordnung lediglich eine Fortschreibung der alten aus dem Jahr 1984. Das, was bisher an Freistellung vorgesehen sei, stelle eine „Bagatelle“ dar. Entweder sollte es eine drastisch ausgedehnte Freistellung geben oder aber man sollte sich dazu entschließen, die Baugenehmigung so aufzuwerten, daß wasserrechtliche, naturschutzrechtliche und sonstige rechtliche Genehmigungen ersetzt würden.

Für die Firma Prognos AG bezifferte Hans-Friedrich Hollederer die Beschleunigungseffekte bei von Anfang an vollständig bei den Bauämtern eingehenden Bauanträgen zwischen zwölf (Kreise) und 52 Prozent (Städte). „Würde die Bearbeitung von Anträgen für Wohnbauvorhaben ohne verfahrensmäßige Rückkopplung mit Behörden oder Ämtern des Baunebenrechts erfolgen, läge der Beschleunigungseffekt sogar zwischen 40 (Kreis) und 78 (Stadt) Prozent.“ Eine Abschätzung der Folgen der Freistellungsregelung komme auf Werte zwischen drei und sechs Prozent.

Für die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung warnte Reinhard Drees eindringlich vor mangelhafter städtebaulicher Kontrolle: „Ein Land, das sich den historischen Stadtkernen verpflichtet fühlt und Baukultur ein politisches Ziel nennt, darf die aktive Mitarbeit oder Mitwirkung nicht aus den Händen geben und lediglich einer Seite überlassen. Das Beispiel der neuen Bundesländer hat gerade in den ersten Jahren der Wiedervereinigung sehr deutlich gemacht, wie wichtig gerade und besonders für die Privatwirtschaft eine funktionierende, öffentliche Verwaltung ist.“

Vom Verband der Westdeutschen Wohnungswirtschaft regte Dr. Karl-Heinz Cox ein „kompatibles System“ an, in dem Baugenehmigung und Planungsrecht so aufeinander abgestimmt würden, daß die Beschleunigung durch Freistellung auch tatsächlich greifen könne. „Wir sehen keinen Verlust an Baukultur in der Kombination einfacherer Bebauungspläne und Freistellungsverfahren“, betonte er.

Diplomingenieur Hans Haderer von der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie hielt nichts davon, daß an die Baubeteiligten bei der Ausführung von Gebäuden in Nachbarschaftshilfe von der Bauordnung keinerlei Anforderungen gestellt würden; hier sollte zumindest eine geprüfte Statik vorliegen. Landesvorsitzender Frank Wynands von der IG-Bau-Steine-Erden stellte fest: „Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird das Bauen zukünftig einfacher, schneller und preiswerter möglich sein.“ Die abzusehende Entlastung der Bauämter könnte dazu genutzt



Acht Landtagsabgeordnete aus drei Fraktionen haben inzwischen gegenüber Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (Bildmitte) den Verzicht auf ihr Landtagsmandat erklärt. Darunter waren die SPD-Abgeordneten (v.l.) Reinhard Wilmbusse, Heinz Hilgers und Volkmar Schultz, die entweder in den Bundestag oder zu hauptamtlichen Bürgermeistern gewählt worden sind. Zur Erinnerung an die Arbeit im Landtag überreichte die Landtagspräsidentin einen Meißener Porzellanteller mit Landtagsmotiv.

werden, mit den freigewordenen Anforderungen wie Brand-, Schall- und Umweltschutz abzu prüfen.

Ministerialrat Henning Jäde aus dem Bayerischen Staatsministerium des Innern forderte den „Mut zum Springen“: Man könne nicht auf der einen Seite immer weniger Staat fordern, gleichzeitig aber die materiellen Anforderungen steigern, und diese dann noch perfekt kontrollieren. Es gehe um eine ordnungspolitische Entscheidung: „Ein Weniger an Staat kann man nur mit einem Weniger an Kontrolle, einem Weniger an Verfahren, damit aber auch einem Weniger an Fürsorge für den Einzelnen bekommen mit weniger Rechtssicherheit und mehr Eigenverantwortung.“ In Bayern habe man gute Erfahrungen mit dem vermehrten Einsatz von Sachverständigen und der Genehmigungsfreistellung gemacht.

Als Sprecher des Bundes Deutscher Architekten schlug Diplomingenieur Heinrich Pfeffer vor, das gesamte Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und die Freistellung auszuweiten. Es sei überflüssig, ökologische Belange niederzulegen und am Vieraugenprinzip festzuhalten. Die Anforderungen an einen qualifizierten Bauleiter müßten erhöht werden, Nachbarschaftsrecht und Landesbauordnung seien zu harmonisieren. Otto Lennertz vom Verband Beratender Ingenieure sprach sich demgegenüber für die durchgehende Anwendung des Vier-Augen-Prinzips aus und trat Forderungen nach deutlicheren Klarstellungen über die notwendigen Qualifikationen der verschiedenen am Bau Beteiligten bei: „Machen Sie endlich Schluß damit, daß völlig Berufsfremde die Möglichkeit haben, am Bau auf Kosten anderer Geschäfte zu machen.“

Die Baugenehmigung sollte ihre ursprüngliche Bündelungsfunktion zurück erhalten und alle öffentlich-rechtlichen Genehmigungen abdecken, gab Jürgen Meinhard für die Vereinigung Angestellter Architekten zu bedenken. Man könne nicht verstehen, daß den Ingenieuren das uneingeschränkte Bauvorlagenrecht zugestanden werde, denn Innenarchitekten aber nicht. Für Peter Hultsch, vom Bund Deutscher Innenarchitekten, war es ohne Zweifel, daß Innenarchitektinnen und Innenarchitekten durch ihre Ausbildung qua-

lifizierte Fachleute seien, „die uneingeschränkt vorlageberechtigt sein müssen und nach Erfordernis die zusätzliche Sachkunde und Erfahrung anderer Fachgebiete für ihre Arbeit in Anspruch nehmen und hinzuziehen“. Die fachbezogene Bauvorlageberechtigung des Landschaftsarchitekten für genehmigungspflichtige Freianlagen forderte unter dem Aspekt der Berücksichtigung der Belange von Natur und Landschaft der Sprecher des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten, Henning Riese.

Gerhard Drunkenmölle vom DGB-Landesbezirk NRW wollte die Bauordnung um sozialpolitische Aspekte, etwa Mindeststandards für Wohnung ergänzt wissen: Gefahrenabwehr allein reiche nicht. Ablehnung gegenüber der Freistellung formulierte der Sprecher aus Gründen der Rechtssicherheit und des Schutzes der bauenden Bürger. Er postulierte eine geteilte Bauvorlagenberechtigung: Architekten bei Gebäuden und Ingenieure des Konstruktiven Ingenieurbaus bei Industriegebäuden. Bauleiter sollten eine Berufsqualifikation nachweisen.

Horst Kumpke von der Arbeitsgemeinschaft Industriebau stimmte der Überarbeitung der Bauordnung im großen und ganzen zu und bat darum, im weiteren Verfahren Gesichtspunkte wie Stärkung der Eigenverantwortlichkeit qualifizierter Baufachleute, Vereinfachung der Bau- und Genehmigungsvorgänge und wirtschaftliches Bauen stärker einzubeziehen.

Für Wolfgang Würstlin vom Informationskreis für Raumplanung war eine eingehende Prüfung der Folgen der neuen Bauordnung unumgänglich, eine Überarbeitung scheinbar unausweichlich. Die Novelle nehme wesentliche Eingriffe in die Bauordnung vor, „deren Folgen noch nicht klar absehbar sind“.

Nach Norbert Kröschel, der für den Verband Sanitär, Heizung, Klima Bedenken gegen den Wegfall des jetzigen Genehmigungsverfahrens haustechnischer Anlagen geltend machte, ging Klaus Wiederhöft (Umweltfreundliche Energien Ennepe-Ruhr e.V.) auf die Abstandregelungen für Windkraftanlagen ein: Das sei für den Umweltschutz im Lande ein existentielles Problem. Wiederhöft beklagte in diesem Zusammenhang die Rechtsprechung der Gerichte.



Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.)

## J. Schultz-Tornau neuer Vorsitzender der F.D.P. in NRW

Der Bielefelder Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, Joachim Schultz-Tornau, ist zum neuen Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen F.D.P. gewählt worden. Im zweiten Wahlgang erhielt Schultz-Tornau 255 Stimmen (63,9 Prozent) und setzte sich damit gegen den bisherigen Vorsitzenden Jürgen W. Möllemann durch, der mit 139 Stimmen nur 34,8 Prozent erreichte.

Auf einem Sonderparteitag der F.D.P. in Castrop-Rauxel wurden der Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer Hagen Tschoeltsch mit 314 Stimmen (81,8 Prozent) sowie der Landtagsabgeordnete und Generalsekretär der Partei in NRW, Dr. Andreas Reichel, mit 196 Stimmen (50,4 Prozent) zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Fraktionschef Dr. Achim Rohde gehört kraft Satzung dem Landesvorstand an.

Zu „Kurfürsten“ wählte der Landesparteitag die Landtagsabgeordneten Hans-Joachim Kuhl (Niederrhein) mit 279 Stimmen und Marianne Thomann-Stahl (Ostwestfalen-Lippe) mit 307 Stimmen. Beisitzer im Landesvorstand wurden die Landtagsabgeordneten Michael Ruppert (138 Stimmen), Rudolf Wickel (249 Stimmen), Ruth Witteler-Koch (207 Stimmen) und der bisherige Landtagsabgeordnete Heinz Lanfermann (158 Stimmen).

Bei der Landeswahlversammlung des F.D.P.-Landesverbandes NRW in Castrop-Rauxel wurden ferner die Kandidaten für die Landtagswahl 1995 gewählt. Die ersten fünf Positionen nehmen die Landtagsabgeordneten Dr. Achim Rohde (227 Stimmen), Joachim Schultz-Tornau (347 Stimmen), Hagen Tschoeltsch (313 Stimmen), Dr. Andreas Reichel (234 Stimmen) und Marianne Thomann-Stahl (289 Stimmen) ein. An siebter Stelle folgt Hans-Joachim Kuhl (254 Stimmen), an achter Stelle Rudolf Wickel (227 Stimmen) und an elfter Stelle Ruth Witteler-Koch (305 Stimmen).

## Heugel bei SPD neuer stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Der Kölner Landtagsabgeordnete Dr. Klaus Heugel wurde von der SPD-Landtagsfraktion zum neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Volkmar Schultz an, der aus dem NRW-Landtag ausgeschieden ist, weil er ein Bundestagsmandat errungen hatte. Neues Mitglied im Fraktionsvorstand ist Wolfram Kuschke, Landtagsabgeordneter aus Lünen. Er wurde als Nachfolger von Ernst-Otto Stüber gewählt, der jetzt hauptamtlicher Bürgermeister in Bochum ist und deshalb aus dem Landtag ausschied. Bernd Flessenkemper, Düsseldorf, ist Nachfolger von Heinz Hilgers als Leiter des Arbeitskreises Jugend und Familie. Hilgers war zum hauptamtlichen Bürgermeister in Dormagen gewählt worden. Jürgen Thulke, Essen, ist jetzt kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion für Reinhard Wilmbusse, der hauptamtlicher Bürgermeister in Lemgo wurde.

## Ständehaus...

Fortsetzung von Seite 3

noch nicht, falls es zu haushaltsrelevanten Beschlüssen kommen sollte, wie diese noch in die Haushaltsberatungen eingeschleust werden könnten, bezeichnete es jedoch als technisch möglich.

Der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow berichtete, es sei in der Arbeitsgruppe der Vorschlag gemacht worden, zur Finanzierung auf Rücklagen zurückzugreifen. Der Finanzminister habe deutlich gemacht, er würde eine andere Finanzierung vorschlagen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Dr. Michael Vesper, meinte, die künftige Verwendung des Ständehauses sei keine Frage zwischen den Fraktionen. Er sprach vorsichtig von „Gewissenssache“.

Der SPD-Abgeordnete Gerhard Wendzinski fragte, wie hoch Investitionskosten und Zinslasten bei veranschlagten 100 Millionen Mark an Projektkosten würden. Ein Ministeriumsvertreter räumte ein, wenn über Kredite finanziert werden solle, würden sich die Investitionskosten verdoppeln.

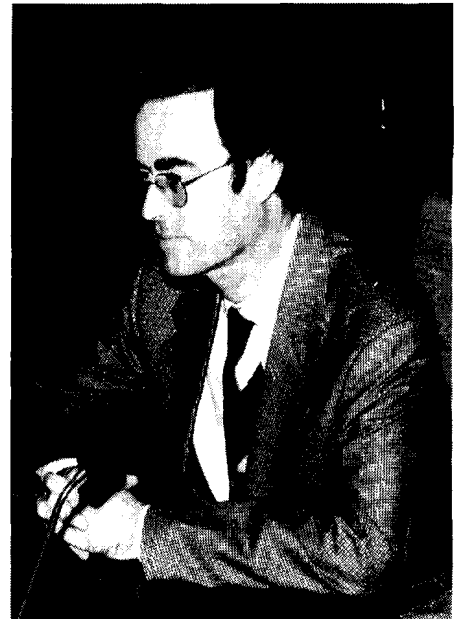
## Bei Bremer Podiumsdiskussion wurde Privatdozent Dr. Ewers an „allergischem Punkt“ getroffen

Der Umwelthygieniker und Umwelttoxikologe, Privatdozent Dr. Ulrich Ewers, sowie der Chemiker Dr. Rainer Kurz wurden während der 39. Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II unter der Leitung der Vorsitzenden Maria-Theresia Opladen (CDU) am 29. November als Zeugen gehört.

Im Zentrum der Befragung von Dr. Ulrich Ewers standen das Zustandekommen und die für die Öffentlichkeit relevanten Ergebnisse zweier Gutachten des Hygiene-Instituts des Ruhrgebiets für die Landesregierung: die „Kieselrot-Studie“ sowie die Studie über Dioxin-Belastungen in der Umgebung der Dortmunder Hoesch-Werke. Ewers ist an diesem Hygiene-Institut tätig.

Die Ausschußmitglieder Lothar Hegemann (CDU) und Bärbel Höhn (GRÜNE) versuchten Aufschluß zu erhalten, inwieweit die Konzeption der Studien („Forschungsdesign“) sowie die abschließenden Bewertungen bereits im Vorfeld so angelegt worden seien, daß von der Landesregierung gewünschte Ergebnisse hätten erzielt werden können. Hierbei wurden Erklärungen Dr. Ewers Bedeutung zugemessen, die er anlässlich einer Podiumsdiskussion in Bremen 1992 gemacht haben soll. So wurde berichtet, Ewers habe damals behauptet, aus Düsseldorf sei ein bestimmtes Ergebnis gewünscht gewesen, namentlich Dr. Weber, sein Ansprechpartner beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), habe „Druck und Pressionen“ auf ihn ausgeübt. „Irritationen der Öffentlichkeit“ durch Hinweise auf bestimmte Dioxin-Konzentrationen in der Zusammenfassung der Studie wollte Weber laut Ewers vermeiden wissen.

Im Verlauf seiner Vernehmung distanzierte sich Dr. Ewers von seinen damaligen Äußerungen. Er sei während der Bremer Podiumsdiskussion an einem „allergischen Punkt“ getroffen worden und habe sich da-



Privatdozent Dr. Ulrich Ewers

her zu diesen „überpointierten“ Bewertungen hinreißen lassen.

Hätte er das dem Ausschuß vorliegende Protokoll der Bremer Diskussion vor seiner Drucklegung sorgfältig gelesen, so hätte er seine Äußerungen bereits damals zurückgezogen, räumte der Wissenschaftler ein. Im übrigen stehe er bis heute zur wissenschaftlichen Korrektheit der Studien.

Diese Auffassung wurde von dem als Sachverständigen gehörten Chemiker R. Rainer Kurz, der für das Institut Fresenius tätig ist, gestützt. Nach seiner Bewertung seien die Studien wissenschaftlich korrekt angelegt worden und die angegebenen Dioxin-Blutwerte bei den untersuchten Personen erschienen plausibel, folgerte Kurz.

## Herders Team gewann vier Spiele in Asien — Große Gastfreundschaft

### Bei überschäumender Fußballbegeisterung in Japan war FC Landtag stets von Autogrammjägern umlagert

*Nicht nur als erfolgreichstes Fußballteam in Asien mit vier Siegen bei vier Spielen, sondern auch mit bleibend begeisterten Eindrücken kehrte der FCL aus Japan zurück. Schon der Flug in den Fernen Osten war ein faszinierendes Erlebnis. Dann die moderne, pulsierende Metropole Tokio mit 13 Millionen Menschen, die alte Kaiserstadt Kamakura mit ihren Sehenswürdigkeiten, den Zen-Tempeln und dem großen Buddha, Einblicke in eine völlig andere Kultur und ihre Traditionen, wunderbare Gärten, herrliche Küstenabschnitte, vor allem aber die japanische Gastfreundschaft, Höflichkeit und Aufgeschlossenheit.*

Die überschäumende Fußballbegeisterung in Japan konnten einige Spieler des FCL sehr hautnah erleben. Kaum auf japanischem Boden waren Uli Brombach, Heinz Köster und Dirk Schüttrumpf von Autogrammjägern umlagert. Der FCL enttäuschte nicht, dank seiner reifen Spielkultur war sein Auftreten eine ausgesprochene Werbung für den deutschen Fußballsport. Die Mannschaftsteile harmonierten prächtig. Das Umschalten von der modernen Interpretation des Abwehrspiels auf schnörkellosen Angriff klappte aufgrund des dynamischen Mittelfeldes und der ausgefeilten Technik aller beispielhaft und wurde kaltschnäuzig in Tore umgemünzt. Die internationale Erfahrung von Uwe Herder, Hans Kern, Günter Langen, Hans Alt-Küpers und Heinz Helmich van Schewick tat das übrige, um den japanischen Mannschaften das Fußballleben sauer zu machen. Dazu kam der reaktionsschnelle Jupp Siebert in Tor, assistiert von dem umsichtig kompromißlosen Heinrich Steffens. Für die Motivation und die taktische Einstellung der Spieler die fußball-sachverständige Marlies Elsen.

### Hektischer Abflug

Mitsubishi Chemical wurde durch Tore von Wolfgang Euteneuer, Jörg Krause und Werner Mayer mit 3:2 geschlagen. Die jungen Spunde vom Sportpresseclub Tokio kassierten ebenfalls drei Treffer durch Volker Schübler, Alexander Schmidt und wiederum Werner Mayer und waren selbst nur einmal erfolgreich. Die Stadtauswahl von Tama, die dem FCL nichts schenkte, verlor durch den Treffer von Volker Schübler mit 1:0. Und das Team von SOI, vor eineinhalb Jahren in Düsseldorf mit einem denkwürdigen 9:6 besiegt, aber mit einem Heimatliedervortrag reich beschenkt, wurde mit dem gleichen knappen Ergebnis geschlagen, wobei sich wiederum Volker Schübler in die Torschützenliste eintragen konnte.

Die FCL-Delegation schaute dann auch noch dem Topspiel der japanischen Liga zwischen dem Spitzenreiter Kawasaki und den Red Diamonds mit Michael Rummenigge und Guido Buchwald zu. Zusammen mit 60000 Zuschauern im ausverkauften



Der FC Landtag bunt gereiht mit japanischen Fußballspielern.

Nationalstadion erlebte sie das 2:1 für Kawasaki, das die japanische Meisterschaft für diese Mannschaft bedeutete. Genug vom Fußball, zurück zu der überwältigenden japanischen Gastfreundschaft und Herzlichkeit. Untergebracht war der FCL erst im Sportlerheim der Firma Mitsubishi, dann im Gästehaus von Mitsubishi Chemical, unmittelbar an einer Meeresbucht. Die gesamte Delegation wurde überschüttet mit Aufmerksamkeiten und japanischen Spezialitäten und Köstlichkeiten. Besonders beeindruckend war auch der Empfang im Rathaus von Tokio, mit 245 Metern das höchste Gebäude der Stadt und Arbeitsplatz für 14000 Menschen, durch den Oberbürgermeister

Okuyama. Interessant auch die Gespräche mit Abgeordneten des japanischen Parlaments und der Besuch des Parlamentsgebäudes mit dem Kaiserzimmer und der Kaisertreppe.

WestLB und die Nordrhein-Westfalen-Vertretung lieferten wichtige Informationen über Ostasien und Japan. Von der japanischen Wirtschaftskraft konnte sich die FCL-Delegation bei einem Besuch der Kawasaki-Werke überzeugen, bei dem sie die Fertigstellung eines kompletten LKWs am Fließband mitverfolgen konnte. Der FCL gab bei diesen Gelegenheiten unter der hervorragenden Leitung von Günter Langen seiner Dankbarkeit durch die Förderung deutschen und internationalen Liedguts Ausdruck. Es ist keine Übertreibung: Die japanischen Gastgeber waren nicht nur sehr angetan, sondern teilweise gerührt. Ein besonderer Dank gebührte der charmanten Dolmetscherin, die den FCL bei allen wichtigen Terminen begleitete.

Beim Abflug wurde es dann noch einmal besonders hektisch, und Uwe Herder konnte sein Organisationstalent zur vollen Entfaltung bringen. Der Bus zum Flughafen erschien einfach nicht. Aber auch hier zeigte der FCL sein Durchsetzungsvermögen und kämpfte sich mit Koffern durch die Rush-hour zum Flughafen, immer den Kommandos des Teamchefs folgend, dem es außerdem auch noch per Zugtelefon gelang, die Lufthansa zum Verschieben des Startes zu überreden. Schweißgebadet, erschöpft, aber glücklich sanken die tapferen Spieler und Marlies Elsen in die Flugzeugsessel und steuerten NRW an. Fazit: Eine tolle Truppe, zwei interessante Fernflüge über Sibirien, vier Siege auf japanischem Boden, ein außergewöhnliches Land mit einer großen Gastfreundschaft, eine erlebnisreiche Fahrt des FC Landtag.

Domo arigato (herzlichen Dank) und Sayonara (Auf Wiedersehen).



Das Team des Düsseldorfer Landtags vor dem japanischen Parlament.

## SPD-Fraktion

### Kommunale Finanzhoheit erhalten und sichern

Auf Antrag der SPD-Fraktion soll der Landtag die Landesregierung auffordern, im Bundesrat die Abschaffung der Gewerbesteuer zu verhindern und zusammen mit den anderen Bundesländern ein Konzept zu entwickeln, das die Gewerbesteuern als starke Säule der Kommunalfinanzen stabilisiert und stärkt.

„Die Einnahmesituation der Kommunen hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Zum Teil dramatische Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen haben gerade im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen viele Kom-

munen stark beeinträchtigt“, stellte Jürgen Thulke als kommunalpolitischer Sprecher der SPD fest. Dennoch sei die Gewerbesteuer mit ihrem Anteil am Steueraufkommen der Kommunen (1993: rund 40 Prozent, Aufkommen in NRW: netto rund 10,5 Milliarden Mark) die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen.

Im Antrag der SPD-Landtagsfraktion heißt es: „Die Bundesregierung plant seit langem, die Abschaffung der Gewerbesteuer auch in den alten Bundesländern zu vollziehen und die Gewerbebeitragsteuer abzusenken. In der Koalitionsvereinbarung wurde nun die gänzliche Abschaffung der Gewerbesteuer beschlossen, ohne einen Ausgleich für die Kommunen festzulegen. Bislang wurde als Kompensation an eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen gedacht; neuerdings wird auch ein Hebesatzrecht für die Gemeinden bei der Besteuerung der Einkommen diskutiert.

Eine Kompensation des Verlustes durch Umsatzsteueranteile ist nur durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer möglich, denn weder der Bund noch die Länder können derzeit auf Anteile ihrer Umsatzeinnahmen verzichten. Eine solche Mehrwertsteuererhöhung würde einseitig die Verbraucher und die mittelständischen Unternehmen belasten, während Großbetriebe entlastet würden. Eine solche Entwicklung ist nicht hinnehmbar.

Die Gewerbesteuer ist außerdem eine der wenigen Steuern, die einen engen Zusammenhang zwischen Einnahmenhoheit (durch das Hebesatzrecht) und Ausgabenhoheit einer Gebietskörperschaft aufweisen. Sie ist die tragende Säule der kommunalen Finanzhoheit. Die Verantwortung der Kommunen, Gewerbeflächen auszuweisen und neue Betriebe anzusiedeln, wird durch diese Steuer ebenso gefördert wie der verantwortliche Umgang mit Steuermitteln.“

## CDU-Fraktion

### Kein Konzept für aktive Leseerziehung

Eine „rigorose Mißachtung des Parlaments“ hat die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Professor Dr. Renate Möhrmann, Kultusminister Hans Schwier (SPD) vorgeworfen. „Mit ihrer Einstellung zu Beschlüssen des Landtags können wir praktisch unsere Arbeit einstellen“, rügte Frau Möhrmann die Weigerung der Landesregierung, das vom Landtag geforderte Konzept zu einer aktiven Leseerziehung für Kinder und Jugendliche zu erstellen.

Am 1. September 1994 noch hatte der Landtag auf Initiative der CDU den Antrag „Kultur gut Lesen sichern“ angenommen. Dieser Antrag will die Lesebereitschaft von Kindern und Jugendlichen angesichts des zunehmenden Fernsehkonsums verstärkt fördern: „Lesen ist ein wesentlicher Schlüssel zur Kultur und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Darum bedarf die Leseförderung der besonderen Pflege und Förderung durch die Landesregierung.“ Laut Landtagsbeschluß soll u. a. die Landesregierung ein Konzept zu „einer aktiven Leseerziehung für Kinder und Jugendliche entwickeln, in dessen Mittelpunkt Lesen als Freizeitalternative und schulunabhängige Beschäftigung steht“.

Auf Nachfrage hatte das Kultusministerium nun erklärt, daß es keinen Handlungsbedarf für die Erstellung eines Konzepts sehe. In

diesem Verhalten sieht Frau Möhrmann einen Bücherboykott und eine Brückierung vieler Bürger, die mit ihren Zuschriften an die CDU die Initiative begrüßten. „Ministerpräsident Rau bezeichnet Kunst als Lebensmittel aber verordnet der Jugend eine kulturelle Nulldiät. Minister Schwier ist nicht bereit, dem Willen des Parlaments nachzukommen und ein Konzept zu erarbeiten. Das haben Vertreter des Ministeriums in der Kulturausschußsitzung deutlich gemacht“, erklärte die CDU-Sprecherin. „Ich appelliere an den Kultusminister, den demokratisch gefaßten Beschluß zu respektieren und umzusetzen.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## F.D.P.-Fraktion

### Lanfermann legte Landtagsmandat nieder

Der Oberhausener F.D.P.-Landtagsabordnete Heinz Lanfermann (44) schied mit Ablauf des 2. Dezember 1994 aus dem Landtag aus. Mit der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 rückte Heinz Lanfermann auf der Landesreserveliste der F.D.P. in den Deutschen Bundestag ein.

Als Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I beendete Heinz Lan-

fermann noch die Ausschubarbeiten zu den Themenkomplexen Neue Mitte Oberhausen, EFMT Bochum und Abfallvermeidungskampagne des Umweltministers vor der letzten Landtagswahl. Danach legte er sein Landtagsmandat nieder.

Landesweit hatte sich Lanfermann als Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Gladbecker Geiseldrama einen Namen gemacht, der in der vergangenen Legislaturperiode hohe öffentliche Aufmerksamkeit genoß. Der ehemalige Richter am Landgericht war Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion im Rechtsausschuß und im Ausschuß Arbeit, Gesundheit und Soziales. In Bonn wird er ähnliche Politikfelder besetzen. Bereits bei der Paragraph 218

StGB-Gesetzgebung 1991/92 hatte er maßgeblich in Bonn den F.D.P.-Antrag und den interfraktionellen Gesetzesantrag vorbereitet.

Dr. Achim Rohde, Vorsitzender der F.D.P.-Landtagsfraktion: „Mit Heinz Lanfermann verläßt einer der profiliertesten Landtagsabgeordneten den Landtag. Wir Liberalen wünschen ihm in Bonn viel Glück und beglückwünschen den Deutschen Bundestag zu diesem Abgeordneten.“

Auf der Landesreserveliste rückt Waltraud Wietbrock (65) aus Neunkirchen-Seelscheid in den Landtag nach. Sie wird voraussichtlich am 14. Dezember 1994 als neue Landtagsabgeordnete vor dem Plenum vereidigt werden.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Klimabericht: große Worte – fehlende Taten

Die Umsetzung der Vorgaben des Klimaschutzberichtes der Landesregierung wertet die Fraktion des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag mit der Note „ungenügend“. Zwar seien Analyse und Problembeschreibung und auch die aufgeführten Instrumente zur Umsetzung zutreffend benannt worden. Den großen Worten seien jedoch so gut sie keine konkreten Taten gefolgt. Beispiel Nr. 1: In Ihrem Klimabericht erklärt die Landesregierung: „Anders als bei Staub, Schwefeldioxid und Stickoxiden, die durch Filter bzw. Katalysatoren reduziert werden können, ist

die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen nur durch eine reale Minderverbrennung fossiler Energieträger zu erreichen.“

Tatsache ist: Die Verstromung von Braunkohle – dem klimaschädlichsten Energieträger – soll sogar noch bis zum Jahr 2010 um 22,5 Prozent gesteigert werden. Damit ist offensichtlich, daß in der NRW-Stromproduktion in den nächsten 25 Jahren kein Gramm des Treibhausgases CO<sub>2</sub> weniger emittiert werden wird.

Beispiel Nr. 2: In ihrem Klimabericht verspricht die Landesregierung: „Da es zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung bei der Stromerzeugung keine wirtschaftlich nutzbare Alternative als die Kraft-Wärme-Kopplung gibt, muß Strom aus fossilen Energieträgern in erster Linie aus Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt werden. [...] Die Landesregierung wird daher neue Kraftwerke ohne Aus- oder Aufbau einer der Kraftwerksleistung adäquaten Fernwärmeversorgung nur nach intensi-

ver Prüfung alternativer Standorte und Erzeugungsmöglichkeiten zulassen. Das gleiche gilt im Grundsatz auch für neue Braunkohlenkraftwerke.“

Tatsache ist: Die Versprechungen wurden nicht eingehalten. Die jüngsten Vereinbarungen der Landesregierung mit der RWE Energie AG beinhalten genau die gegenteilige Zielperspektive: ein Festhalten an der wenig effizienten Technologie der Kondensations-Großkraftwerke ohne Abwärmenutzung.

Gerd Mai, umweltpolitischer Sprecher der grünen Fraktion: „Die Reihe der nicht eingehaltenen großen Klimaschutz-Versprechen der Landesregierung läßt sich fortsetzen. Das Kabinett Rau hat in Sachen Klimavorrangpolitik kapituliert. Die überkommene Kohlevorrangpolitik blockiert die notwendigen Weichenstellungen für eine ressourcenschonende, umweltverträgliche Energie- und Klimaschutzpolitik.“



Auf Einladung des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Bodo Hombach, besuchte der weißrussische Landwirtschaftsminister Leonov (l.) Nordrhein-Westfalen. Leonov gilt wegen seiner Entscheidungskompetenz für die weißrussischen Exportlizenzen als zweiter Mann im Staat. Neben einer Reihe von Gesprächen mit NRW-Unternehmern, die der Landtagsabgeordnete Hombach koordinierte, traf der Minister im Landtag auch mit dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Günther Einert (r.) zu einem politischen Meinungsaustausch zusammen. Foto: Schälte

**Walter Neuhaus** (CDU), Landtagsabgeordneter aus dem Märkischen Kreis, ist zum 1. stellvertretenden Landrat gewählt worden.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 15. Dezember, um 9.15 Uhr im Raum E3 Z04 des Landtagsgebäudes statt.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: \*56801#, FAX  
8 84 30 22

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

„Sie macht von sich reden, ohne ins Gerede zu kommen“, so lautete eine Zeitungsüberschrift kürzlich anlässlich ihres 50. Geburtstages. Ilka Keller gilt als engagierte Kämpferin mit Herz und Verstand, als eine Frau, die Familie, Beruf und Politik wunderbar unter einen Hut bringen kann. Den Sieburgern brachte sie Kultur bei, wie Landrat Dr. Franz Möller sagt. Auf ihre Initiativen gehen der Kulturpreis des Kreises ebenso zurück wie die Gründung eines Kunstvereins, die Förderung von denkmalwürdigen Gebäuden, Kindermalschulen, der Wettbewerb „Musizierende Jugend“ und die Gedenkstätte „Landjuden an der Sieg“ in Windeck. Stets versteht sie es, den Rhein-Sieg-Kreis und die Gemeinde Swisttal in positive Schlagzeilen zu bringen.

Das Interesse für die Politik wurde Ilka Keller förmlich in die Wiege gelegt. Schon als 14-jährige kam sie damit in Berührung, weil die Familie kommunalpolitisch tätig war. Und 1973 entschloß sie sich, Mitglied der CDU zu werden. Ein Jahr später wiederum entschied sie sich, eine Frauen-Vereinigung in Swisttal ins Leben zu rufen und warb auf einen Schlag 300 Mitglieder. Bis 1985 engagierte sie sich als Vorsitzende. Gleichzeitig war sie im Gemeinderat tätig und kam 1979 in den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises. Ganz nebenbei machte sich Ilka Keller 1985 noch selbständig als Inhaberin eines Reisebüros in Bonn und Alfthar. Wie sie das alles unter einen Hut bringt? „Ich halte es für wichtig, daß Frauen bereit sind, sich zu engagieren und nicht nur davon reden.“ Abgesehen davon ist sie ein Organisationstalent und eine Frühaufsteherin, so daß sie ihr Pensum bestens bewältigen kann.

Eine ganz wesentliche Rolle spielt natürlich, daß die Familie inklusive Tochter (16) und Sohn (25) ihr unermüdliches Engagement unterstützen. „Ich muß immer wieder etwas Neues wissen. Es ist so spannend, etwas kreativ zum Nutzen der Gemeinschaft zu entwickeln“, meint die Abgeordnete, die seit Mai 1990 im Landtag ist. Besonders stolz ist sie darauf, daß es ihr gerade noch gelungen ist, von Innenminister Schnoor 100 000 Mark für ein Magazin in einer ehemaligen Schuhfabrik in Siegburg zu erhalten. Dort sollen im kommenden Frühjahr ständige Ausstellungsräume für den Kunstverein eingerichtet werden. Neben dem kulturellen Bereich liegen Ilka Keller auch die Landwirtschaft und der Obstbau in ihrer Region sowie der Umweltschutz sehr am Herzen. „Die Landwirtschaft ist ein spannendes Arbeitsfeld. Man muß den Landwirten durch ein Zusammenwirken die Chance zum Überleben geben. Besonders wichtig ist es, bei der Bevölkerung ein Bewußtsein dafür zu schaffen, was man an eigenen Produkten vor der eigenen Haustüre hat.“

Bei all ihren Themenschwerpunkten will sie jedoch nie nur „im eigenen Saft schmoren“, sondern sucht vor Ort das Gespräch mit Einzelpersonen, Gruppen und Verbänden. Denn: „Es ist wichtig, den Menschen



Ilka Keller (CDU)

als Mittelpunkt unseres politischen Handelns einzubinden.“ „Man braucht viel Kraft und Kampfgeist in der Politik“, gibt die temperamentvolle Frau zu. „Ich habe auch um meinen Wahlkreis kämpfen und eine Portion Risikobereitschaft mitbringen müssen.“ Der Wähler dankte es ihr bei den Landtagswahlen vor vier Jahren mit 48,7 Prozent der Stimmen. „Wenn ich die Unterstützung der Basis in meiner Partei bekomme, hätte ich im nächsten Landtag gerne einen eigenen Aufgabenbereich“, wünscht sich Ilka Keller, zumal sie glaubt, daß der Frauen-Anteil in der Politik stagniert. Allerdings vertritt sie auch die Ansicht, daß man ihnen mehr Möglichkeiten der Teilzeitarbeit einräumen muß. Die Liste ihrer eigenen Ämter und Positionen ist endlos: Vorsitzende des Kreiskulturausschusses, Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes und Verfechterin einer optimalen Jugendpolitik. Seit drei Wochen ist sie auch europapolitische Sprecherin der CDU im Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit des Hauptausschusses. Bei all ihrem Einsatz findet die Abgeordnete, die einfach nur Spaß an ihren vielen „Karrieren“ zu haben scheint und im Oktober nach zehn Jahren ihr Mandat als Kreistagsabgeordnete abgegeben hat, ab und zu noch Zeit, sich ihrem „Nebenberuf“ als Reisebüro-Verkehrsfrau zu widmen. Dank ihres gut funktionierenden 17köpfigen Teams in ihrem Geschäft kann sie — wenn auch selten — schon einmal eine Reisegruppe begleiten, so erst kürzlich in den Oman in Ost-Arabien. Die wenige Freizeit, die ihr bleibt, nutzt die stellvertretende Kreisvorsitzende zum Lesen. Zudem sammelt sie leidenschaftlich gerne moderne Bilder. Apropos Bild: In genau das paßte auch die Tatsache, daß sie anlässlich ihres runden Geburtstages mit immerhin 350 Ehrengästen auf Geschenke verzichtete und statt dessen um eine Spende für die Jugendarbeit in ihrer Gemeinde bat.

Andrea C. Stockhausen

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 15. bis 20. Dezember 1994

15. 12. **Hans Rohe** (SPD), 63 J.  
 15. 12. **Wilfried Kramps** (SPD), 55 J.  
 16. 12. **Günter Meyer zur Heide** (SPD),  
 58 J.  
 16. 12. **Werner Stump** (CDU), 51 J.  
 18. 12. **Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.), 45 J.  
 20. 12. **Helmut Hellwig** (SPD), 61 J.

★  
**Professor Dr. Manfred Dammeyer**, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und bereits deutscher Vizepräsident im Ausschuß der Regionen, ist von der Hauptversammlung der Versammlung der Regionen Europas (VRE) in den Vorstand dieser Institution gewählt worden. Präsident ist der katalanische Präsident **Jordi Pujol**, 1. Vizepräsident der baden-württembergische Ministerpräsident **Erwin Teufel**. Die seit 1985 bestehende VRE, der ca. 280 europäische Regionen (auch außerhalb der EU) angehören, hat sich zum Ziel gesetzt, die politische Repräsentanz der Regionen bei den europäischen Institutionen zu verstärken sowie die internationale Zusammenarbeit in Europa zu fördern und zu organisieren.

★  
**Herbert Heidtmann** (SPD), Landtagsabgeordneter und Oberstudienrat a. D. aus Bergneustadt, ist Anfang November zum Landrat des Oberbergischen Kreises gewählt worden.

★  
**Manfred Ludwig Mayer** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist bei der Kreiskonferenz des Arbeiterwohlfahrt-Kreisverbandes Düsseldorf erneut mit überwältigender Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt worden. Beisitzer im Vorstand wurde der SPD-Landtagsabgeordnete **Bernd Flessenkemper**.

★  
**Andreas Reichel** (F.D.P.), Landtagsabgeordneter und Generalsekretär der Liberalen in Nordrhein-Westfalen ist von der Universität Köln zum Doktor der Rechtswissenschaften promoviert worden. Thema der Arbeit: „Auswirkungen von EG-Kompetenzen auf Kompetenzen der Bundesländer, dargestellt am Beispiel der Beruflichen Bildung.“ Reichel (33) ist gelernter Bankkaufmann und seit 1980 Mitglied der F.D.P. Von 1982 bis 1991 war er Vorsitzender der Jungen Liberalen in NRW. Seit 1985, damals als jüngster Abgeordneter, gehört er dem Landtag an. Er ist bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

★  
**Wolfgang Clement** (SPD), Landtagsabgeordneter und Staatskanzleiminister, ist mit der Ehrendoktorwürde der medizinischen Fakultät der Universität Timisoara ausgezeichnet worden. Mit dieser Ehrung würdigt die Universität Clements Verdienste um das Gesundheitswesen im westrumänischen Banat.

★  
**Siegfried Jankowski** (SPD), Landtagsabgeordneter, gehört seit 25 Jahren dem Verwaltungsrat der Sparkasse Leichlingen an. In einer Feierstunde in Leichlingen hat der Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, **Johannes Fröhlings**, den Politiker aus Anlaß seines Jubiläums geehrt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Gebaltes Interesse:** Wenn große Debatten im Parlament anstehen, sind auch die elektronischen Medien stark vertreten. Was die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne oben im Bild live erleben, können Bürgerinnen und Bürger zu Hause am Bildschirm verfolgen: Landespolitik, deren dramatische Akzente zunehmen, je näher der Termin der Landtagswahl im Mai nächsten Jahres heranrückt. Foto: Schälte

**Die Bemerkung**, „So weit käm's noch!“ des F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden Dr. Achim Rohde zu Beginn seines Beitrages zu Wort und Widerwort in „Landtag intern“ Nr. 20 bezieht sich nicht auf die Seitenüberschrift, sondern auf das Thema der Woche der Ausgabe vom 19. November: „Sollen die Werbezeiten der öffentlich-rechtlichen Anstalten ausgeweitet werden?“

**Schwencke.** Die Kulturpolitische Gesellschaft, eine bundesweite Vereinigung mit über 1500 Mitgliedern aus allen Bereichen von Kunst und Kultur, hat ihren Sitz in Hagen.

### Skatgelder verhelfen Tschernobyl-Kindern 1995 zu Sommerferien

Das Geld aus einem Skatturnier im Landtag wollen die Veranstalter, die SPD-Abgeordneten Helmut Hellwig, Ludger Hovest und Siegfried Jankowski, Kindern aus Tschernobyl zur Verfügung stellen. Wie in diesem Jahr sollen die Kinder auch im Sommer 1995 vier Wochen in einem Forsthaus am Niederrhein ihre Ferien verbringen. Die Veranstalter würden sich nach ihren eigenen Worten sehr freuen, wenn „Nicht-Skatspieler“ mit einer Spende das Ferienvorhaben unterstützen würden.

**Hildegard Matthäus** (CDU), Vorsitzende des Kulturausschusses im nordrhein-westfälischen Landtag, ist bei der ordentlichen Mitgliederversammlung im Essener Museum Folkwang als Vizepräsidentin der Kulturpolitischen Gesellschaft wiedergewählt worden. Ebenfalls bestätigt wurde der SPD-Landtagsabgeordnete **Ernst M. Walsken** als Beisitzer im Vorstand. Präsident der Gesellschaft ist nach wie vor der Präsident der Hochschule der Künste Berlin, **Dr. Olaf**